

Politische Entscheidungen 2009
- Neue Herausforderungen an
Sicherheitspolitik, Bündnis und
Bundeswehr -

Dokumentation

16. Internationaler Sicherheitspolitischer Kongress

20. und 21. November 2009
Best Western Queens Hotel Karlsruhe

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgruppe Baden-Württemberg



Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V.
Landesbereich Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis, Anmerkungen zur Bearbeitung, Bildnachweis	2
Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger, MdL	3
Programm	4
Begrüßungsrede des Landesvorsitzenden Ralf Alexander Bodamer	5
Klaus Michael Rückert: Grußwort	6
Wolfgang Kopp: Einführung in die Tagung	9
Wolfgang Schneiderhan: Sicherheit in der multipolaren Welt des 21.Jahrhunderts - Rolle und Aufgabe der Bundeswehr	13
Jeffery E. Marshall: Building Capabilities for Success in Afghanistan	15
Hans-Jürgen Maurus: Die Streitkräfte zwischen Wunschdenken und politischer Realität	21
Ernst-Reinhard Beck: Politische Entscheidungen 2009 - neue Herausforderungen	27
Pressespiegel	31
Teilnehmerliste	35

Fotografien von den Vortragenden – vom Vortrag selbst – finden sich jeweils am Anfang der hier zusammengestellten Texte. Weitere Fotografien von der Veranstaltung sind auf den Seiten 8, 12, 14, 20, 26 und 38 wiedergegeben. Durch Presse und Internet verbreitete Bilder finden sich auf den Seite 31 bis 34.

Anmerkungen zur Bearbeitung

Von den Referenten erhielten wir Computerdateien mit Redemanuskripten oder der zur Rede gehörenden Präsentationen, deren Typografie und Layout für die Dokumentation angemessen vereinheitlicht wurden. Zu den Beiträgen der Generale Wolfgang Schneiderhan und Jeffery E. Marshall finden sich im Vorspann jeweils Anmerkungen dazu.

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.

Bildnachweis:

Staatsministerium Pressestelle der Landesregierung Baden-Württemberg (Grußwort),
Thorsten Widmer, Hans-Joachim Oehler und Johann Michael Bruhn

Redaktion und Layout:

Johann Michael Bruhn, Dipl.-Päd.
Lembergerweg 23
74392 Freudental
Hauptfeldweibel@jmbruhn.de

Druck:

Mauser + Tröster GbR Offsetdruckerei, Mössingen

Grußwort des Schirmherrn Ministerpräsident Günther H. Oettinger



Zum 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress begrüße ich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer sehr herzlich. Gerne habe ich auch in diesem Jahr die Schirmherrschaft für den Kongress der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik und der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. in Karlsruhe übernommen. Auch von diesem Sicherheitspolitischen Kongress können wir wieder Impulse - national und international - erwarten, stellt er doch eine der größten sicherheitspolitischen Veranstaltungen im deutschen Südwesten dar.

Seit mehr als einem halben Jahrhundert begleitet uns die Bundeswehr als Grundpfeiler unserer Gesellschaft sowie als zuverlässiger und stabiler Baustein in der Sicherheitsarchitektur unseres Landes. Dabei haben sich das Einsatzgebiet und das Aufgabenspektrum der Bundeswehr enorm erweitert. Heute ist neben der Landesverteidigung auch der weltweite Einsatz zur Konfliktverhütung, Krisenbewältigung und Stabilisierung ein Kernbereich des Bundeswehrauftrags. Zunehmend ist die Bundeswehr auch in humanitären Projekten, wie dem Aufbau von Infrastruktur oder der Katastrophenhilfe engagiert. Hier ist sie im Rahmen des Konzepts der vernetzten Sicherheit ein unverzichtbarer Bestandteil.

Die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan und beim Einsatz der Bundeswehr im Rahmen des UN-Mandates gegen Piraterie vor der Küste Somalias zeigen deutlich die wichtige Rolle der Bundeswehr im Bereich des Krisenmanagements und in Fragen der internationalen Sicherheit. Die Anschläge auf Mitglieder der Bundeswehr und Polizeibeamte offenbaren aber auch: Ein solcher Einsatz kostet Opfer. Hier ist es Aufgabe der Politik und der Gesellschaft, die Kräfte vor Ort zu unterstützen sowie deren Tapferkeit im Einsatz zu würdigen. Dies kommt in dem von der Bundesregierung eingeführten Ehrenkreuz für Tapferkeit zum Ausdruck.

Das Motto "Politische Entscheidungen 2009 - neue Herausforderungen an Sicherheitspolitik, Bündnis und Bundeswehr" greift diese Thematik auf und bietet Raum sowohl für interessante als auch richtungweisende Gespräche und Diskussionen. Die Bundeswehr wird mit den steigenden Anforderungen künftig im Kontext von Europäischer Union sowie NATO eine noch größere Rolle spielen und weiterhin ein wichtiger sicherheitspolitischer Akteur bleiben. Die internationale Ausrichtung des Kongresses unterstreicht die Bedeutung der multinationalen Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik.

Aber auch auf nationaler Ebene gilt es, sich neuen Herausforderungen zu stellen. Die globale terroristische Bedrohungslage, Ansätze von nuklearer Proliferation sowie weitere Bedrohungen machen es notwendig, ebenso über eine stärkere Vernetzung von innerer und äußerer Sicherheit nachzudenken.

Ich wünsche dem 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress einen guten Verlauf und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zwei schöne Tagen in Baden-Württemberg mit interessanten Begegnungen und erfolgreichen Gesprächen.

A handwritten signature in black ink, which appears to be "Günther Oettinger". The signature is stylized and written in a cursive script.

Programm

Freitag 20. November 2009

- 17:00 Uhr Eintreffen der Teilnehmer
- 18:00 Uhr Begrüßung
Landesvorsitzender VdRBw Oberstleutnant d.R. Ralf Alexander Bodamer
Grußwort
Vizepräsident des Regierungsbezirks Karlsruhe Dr. Klaus Michael Rückert
- 18:15 Uhr Einführung in die Tagung
Landesvorsitzender GfW Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- 18:30 Uhr Vortrag und Diskussion
Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan
Sicherheit in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts -
Rolle und Aufgabe der Bundeswehr
- 20:30 Uhr Abendessen

Samstag 21. November 2009

- 08:30 Uhr Regelung von Verwaltungsangelegenheiten
- 09:00 Uhr Vortrag und Diskussion USEUCOM Brigadegeneral Jeffery E. Marshall
"Building Capabilities for Success in Afghanistan"
Englisch mit deutscher Power-Point Präsentation
- 10:15 Uhr Vortrag und Diskussion Hauptstudio ARD Hans-Jürgen Maurus
Die Streitkräfte zwischen Wunschdenken und politischer Realität
- 11:15 Uhr Imbiss
- 11:45 Uhr Vortrag und Diskussion
Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck, MdB
Kontinuität oder Neuausrichtung - die Bundeswehr nach der Bundestagswahl
- 12:45 Uhr Zusammenfassung
Landesvorsitzender GfW Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp
- 13:00 Uhr Verabschiedung
Landesvorsitzender VdRBw Oberstleutnant d.R. Ralf Alexander Bodamer

Begrüßungsrede

des Landesvorsitzenden Ralf Alexander Bodamer



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich darf Sie heute Abend zum 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress hier in Karlsruhe im Namen der Landesgruppe Baden-Württemberg des Reservistenverbandes gemeinsam mit der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehr herzlich begrüßen!

Auch in diesem Jahr hat Herr Ministerpräsident Günther Oettinger die Schirmherrschaft unseres Kongresses gerne übernommen.

Mit dem von uns gewähltem Thema „Politische Entscheidungen 2009 – Neue Herausforderungen an Sicherheitspolitik, Bündnis und Bundeswehr“ sind wir wieder brandaktuell.

Bevor wir nun aber tiefer in den Kongress einsteigen, erlauben Sie mir, dass ich einige wenige Gäste besonders begrüße:

Aus dem Bereich der Politik begrüße ich unseren Präsidenten des Reservistenverbandes Herrn Bundestagsabgeordneten und Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck. Herr Präsident, ich heiße Sie heute mit einem lachenden und einem weinendem Auge herzlich willkommen. Einerseits beglückwünsche ich Sie zur Wahl zum verteidigungs-

politischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, andererseits bedaure ich sehr, dass dieser Umstand dazu geführt hat, dass Sie das Amt unseres Präsidenten nicht mehr ausführen können.

Ebenso möchte ich ganz herzlich Herrn Regierungsvizepräsident Dr. Klaus Michael Rückert begrüßen, der uns später ein Grußwort überbringen wird.

Aus dem Bereich der Bundeswehr heiße ich ganz besonders den Generalinspekteur Herrn General Wolfgang Schneiderhan willkommen. Herr General, wir warten schon gespannt auf Ihre Worte.

Weiterhin begrüße ich den Stellvertretenden Kommandeur der 10. Panzerdivision Herrn Brigadegeneral Manfred Hofmeyer.

Ebenso ist es mir eine Freude den Kommandeur im Landeskommando Baden-Württemberg, Herrn Oberst Franz Arnold unter uns begrüßen zu dürfen.

Als Spitzenvertreter der Bundeswehrverwaltung heiße ich den Präsidenten der Wehrbereichsverwaltung Süd, Herrn Michael Brod, in unserem Kreise willkommen.

Ich möchte auch unsere Kameraden der befreundeten Streitkräfte willkommen heißen. Vom USEUCOM begrüße ich Herrn Brigadegeneral Jeffery E. Marshall mit Gemahlin, der morgen zu uns sprechen wird.

General Marshall, Sir, I have the pleasure to welcome you and Mrs. Marshall here with us in Karlsruhe today. It is a great honor to have you speak to us tomorrow. We are very much looking forward to that.

Aus Frankreich heiße ich die Herren Colonel Jean-Francois Peltier und Colonel Robert Schweickart willkommen.

Für die österreichischen Kameraden begrüße ich Herrn Oberst Prof. Erwin Ritter von Fitz vom Militärkommando Vorarlberg.

Stellvertretend für die Schweizer Kameraden begrüße ich die Herren Obersten Martin Vögeli und Peter Marcandella.

Als weiteren Vertreter des Reservistenverbandes heiße ich an dieser Stelle den Vizepräsidenten Herrn Oberstleutnant d.R. Burkhard Ehrlich willkommen.

Genauso begrüße ich die ehemaligen Landesvorsitzenden Oberst d.R. Roland Ziegler, Oberst d.R. Dr. Roland Idler und meinen direkten Vorgänger im Amt Herrn Oberstleutnant d.R. Michael Sihler.

Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer ist Landesvorsitzender der Landesgruppe Baden-Württemberg im Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V. Als Dipl.-Geologe ist er beim Landratsamt Ostalbkreis für Altlasten und Bodenschutz zuständig, dabei auch stellvertretender Leiter des dortigen Katastrophenschutzstabes.

In seiner militärischen Verwendung als Reservist ist er Kommandeur (gespiegelt) des Jägerbataillon 292.

Innerhalb des Reservistenverbandes war er wie folgt tätig: 1995 bis 1998 Kreisvorsitzender Ostwürttemberg, 1999 bis 2002 stv.

Vorsitzender der Bezirksgruppe Stuttgart und Beauftragter FMF, 2002 Landesbeauftragter Unterstützungsleistung für die Bundeswehr,

2002 bis 2009 Landesbeauftragter Qualifikation und Förderung militärischer Fertigkeiten, 2004 bis 2009 stv. Landesvorsitzender.

Im Sommer 2009 wählte ihn die Landesdelegiertenversammlung zum Landesvorsitzenden.

Ebenso begrüße ich den Landesvorsitzenden aus Bayern, Herr Oberstleutnant d.R. Prof. Dr. Friedwart Lender mit seinem Vorstand.

Stellvertretend für alle hauptamtlichen Mitarbeiter des Reservistenverbandes darf ich den Bundesgeschäftsführer Herrn Oberst a.D. Dierk Joachim Fell in unseren Reihen begrüßen.

Aus den Reihen der befreundeten Verbände begrüße ich natürlich zuallererst den Landesvorsitzenden der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, Herrn Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp mit seinen Sektionsleitern.

Aus dem Beirat Freiwillige Reservistenarbeit heiße ich den Vorsitzenden Herrn Generalmajor a.D. Ekkehard Richter bei uns willkommen.

In Vertretung des Landesvorsitzenden des Bundeswehrverbandes begrüße ich seinen Vertreter Herrn Oberstleutnant Josef Rauch.

Vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge heiße ich den Landesgeschäftsführer Herrn Dr. Martin Lunitz willkommen.

Als Vertreter der Clausewitz-Gesellschaft und des Bunds Deutscher Fallschirmjäger darf ich den Generalmajor a.D. Georg Bernhardt unter uns begrüßen.

Als besonderen Gast begrüße ich nun zum Schluss Herrn Hans Jürgen Maurus von der ARD, der ebenfalls morgen zu uns sprechen wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich beende nun meinen Begrüßungsreigen in dem Bewusstsein den Einen oder Anderen nicht erwähnt zu haben, der es aber auch verdient hätte, persönlich genannt zu werden. Aber seien Sie versichert, Sie sind uns alle hier und heute ganz herzlich willkommen!

Herr Regierungsvizepräsident Dr. Rückert, ich darf Sie nun um Ihr Grußwort bitten.

Klaus Michael Rückert Grußwort



Anrede,

in Vertretung unserer Landesregierung überbringe ich Ihnen die besten Grüße und Wünsche von Herrn Ministerpräsidenten Günther H. Oettinger, dem Schirmherrn dieser Veranstaltung, und von Herrn Innenminister

Heribert Rech. Beide bedauern sehr, heute hier in Karlsruhe nicht persönlich dabei sein und zu und mit Ihnen sprechen zu können.

Der Landesregierung, dem Regierungspräsidium Karlsruhe und auch mir persönlich ist die vertrauensvolle Zusammenarbeit und der enge Kontakt mit der Bundeswehr und den ihr nahestehenden Verbänden sehr wichtig. Ich schätze die Arbeit des Verbands der Reservisten der Deutschen Bundeswehr und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik als unerlässlichen Beitrag zur Förderung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Aus diesem Grund bin ich heute sehr gerne zu Ihnen gekommen.

Das Jahr 2009 neigt sich dem Ende zu und der Titel dieser Veranstaltung macht es deutlich - die Bundesrepublik Deutschland und ihre Verbündeten sehen sich ständig vor neuen Herausforderungen.

Kapitel V des Koalitionsvertrages zwischen den Regierungsparteien CDU, CSU und FDP trägt den Titel: "Sicherer Frieden - Durch Partnerschaft und Verantwortung in Europa und der Welt". Das deutsche Engagement in Afghanistan steht dabei besonders im Fokus und gilt als eine Aufgabe von "besonderem nationalen Interesse". Hieran wird deutlich, dass ein Einsatz der Bundeswehr an den Krisenherden unserer Zeit in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage steht, wie wir den Frieden und die innere und äußere Sicherheit unseres Landes heute und in der Zukunft gewährleisten können. Die deutsche Sicherheitspolitik

Dr. Klaus Michael Rückert ist Regierungsvizepräsident des Regierungsbezirks Karlsruhe. Zuvor war er auf kommunaler Ebene als Erster Beigeordneter der Stadt Weil der Stadt und als Erster Bürgermeister der Stadt Baden-Baden tätig. Dort unterstanden ihm u.a. das Amt für öffentliche Ordnung, Umweltamt und die Feuerwehr. In einer zweijährigen Tätigkeit in der Grundsatzabteilung des Staatsministeriums war er auch auf Landesebene tätig.

bekämpft heute Bedrohungen dort, wo sie entstehen. Grundlage hierfür ist das Konzept der Vernetzten Sicherheit: Militärische und zivile Mittel sollen Hand in Hand für Frieden und Stabilität sorgen. Das Spektrum der Auslandseinsätze reicht dabei von humanitärer Hilfe über friedenserhaltende Einsätze bis hin zum Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Das Einsatzgebiet erstreckt sich von Bosnien und Herzegowina, dem Kosovo und dem Libanon bis hin nach Afrika, z. B. im Sudan oder im Seegebiet vor Somalia.

Schon angesichts dieser Vielfalt der Aufgaben und der Vielzahl der Einsatzorte wird die enge Zusammenarbeit mit NATO, EU und Vereinten Nationen sowie ein abgestimmtes gemeinsames Engagement für die Sicherheit und den Frieden zur unabdingbaren Voraussetzung der erfolgreichen Arbeit unserer Soldaten. Auch die internationalen Organisationen müssen sich den sich stets verändernden Rahmenbedingungen anpassen und sich neuen Herausforderungen und Umbrüchen stellen.

Insbesondere die EU braucht als globaler Akteur eine solide Grundlage für ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Für die Erarbeitung einer entsprechenden Strategie hatte sich auch die Bundesregierung schon frühzeitig eingesetzt.

Als die fünf Hauptbedrohungen nennt die Europäische Sicherheitsstrategie

- Terrorismus,
- die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen,
- Regionalkonflikte,
- "gescheiterte" Staaten sowie
- organisierte Kriminalität.

Dabei geht es nicht nur um das aktuelle Bedrohungspotenzial. Auch die Vorgeschichte und die tiefergehenden Ursachen werden umfassend berücksichtigt.

Aus diesen Herausforderungen ergeben sich für die Europäische Union drei strategische Ziele:

- ein präventives Vorgehen gegen diese Bedrohungen,
- die Etablierung einer stabilen Sicherheit in der europäischen Nachbarschaft sowie
- die Stärkung des Völkerrechts durch effektiven Multilateralismus.

Diese strategischen Ziele werden fortan in der Außen- und Sicherheitspolitik berücksichtigt. So betont die Europäische Sicherheitsstrategie die Wichtigkeit einer aktiven und handlungsfähigen EU, die in Einigkeit und gemeinsam mit ihren Partnern den neuen Bedrohungen entgegentritt.

Auch in den Vereinten Nationen beteiligt sich Deutschland bei der Konfliktprävention wie auch bei multinationalen Friedensmissionen aktiv und in großem Umfang.

Derzeit sind insgesamt rund 7.500 Soldaten der Bundeswehr unmittelbar in Auslandseinsätze eingebunden. Damit gehört Deutschland auch hinsichtlich der Anzahl des Personals, das unter Mandat der Vereinten Nationen im Einsatz steht, zu den führenden Ländern.

Um zu Freiheit und Frieden in dieser Welt beizutragen, hat die Bundeswehr schon ein großes Stück des Weges von einer Abschreckungsarmee zu einer Einsatzarmee zurückgelegt.

Dabei hat sich auch der Einsatz der Bundeswehr im Innern im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit als sehr wichtig, ja zum Teil als unentbehrlich erwiesen. Der NATO-Gipfel im Frühjahr in Baden-Baden, Kehl und Straßburg ist hierfür ein schlagendes Beispiel. Hier haben sich die neuen Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit aus meiner Sicht außerordentlich gut bewährt.

Für ihren Einsatz beim NATO-Gipfel möchte ich allen Beteiligten der Bundeswehr im Namen des Landes Baden-Württemberg nochmals ganz ausdrücklich und herzlich danken. Sie haben wesentlich zum Gelingen dieses Gipfels beigetragen, dessen Bilder um die Welt gingen - Bilder, die auch dank Ihrer Arbeit das positive Wirken Deutschlands in der NATO und in der Gemeinschaft der Staaten unterstrichen haben.

Mit Blick auf das große Engagement der Bundeswehr in Deutschland und in der Welt gebührt unser aller Dank den Soldatinnen und Soldaten, die ihren Beitrag leisten für unsere Sicherheit, die Sicherheit von Menschen, die sich Freiheit und Frieden herbeisehnen.

Ausdrücklich einschließen in diesen Dank möchte ich die Reservistinnen und Reservisten: Auch als Bindeglied zwischen unseren Streitkräften und der Gesellschaft leisten sie einen großen Beitrag zur Sicherheit in unserem Land und über die Grenzen hinaus und mehrten das hohe Ansehen der Bundeswehr.

Baden-Württemberg ist stolz auf die Bundeswehr und stolz auf unsere traditionell guten Beziehungen!

Meine Damen und Herren, Sie erwartet noch ein Programm mit spannenden politischen Themen mit herausragenden Referenten. Dem Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik, den Referenten und Ihnen allen im Saal wünsche ich einen guten Verlauf dieses Kongresses.



Für die "Landesschau" des SWR-Fernsehens bespricht die Redakteurin Christina Kist die Aufnahmen mit den beiden Landesvorsitzenden



Der Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer begrüßt den Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan



Da während der Filmaufnahmen besser keine Fotografien mit Blitzlicht zu machen sind, zeigt dieses Bild den Generalinspekteur General Wolfgang Schneiderhan ebenfalls bei der Vorbereitungsbesprechung zur Aufnahme



Pausengespräch (v.l.): der Reservistenbeauftragte des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. OSTFw a.D.d.R. Georg Arnold, Landesgeschäftsführer Volksbund Dr. Martin Lunitz und Abteilungspräsident a.D. WBV Dr. Bernhard Steimle



"Autogrammstunde" bei der Anmeldung (v.l.): Ehrenlandesvorsitzender GfW Oberst a.D. Nikolaus Schmeja und der Vorsitzende des Beirats Freiwillige Reservistenarbeit Generalmajor a.D. Ekkehard Richter



Einheitliches Anmeldeverfahren (v.l.): Stellvertretender Kommandeur der 10. Panzerdivision Brigadegeneral Manfred Hofmeyer und der RK-Vorsitzende Laupertshausen HptGefr d.R. Karl Maucher

Wolfgang Kopp

Einführung in die Tagung



Es gilt das gesprochene Wort!

Auch seitens der GfW darf ich Sie alle sehr herzlich begrüßen und für Ihr Interesse danken.

Die politischen Entscheidungen des Jahres 2009 sind gefallen, wir alle kennen sie. Die Herausforderungen sind enorm. Ich beschränke mich aber mit Blick auf den Kongress auf die Sicherheitspolitik.

Die von uns in vergangenen Kongressen herausgearbeiteten Herausforderungen bestehen noch immer. Die Frage stellt sich, ob sie durch die in 2009 erfolgten Veränderungen anders angegangen werden.

Ich erinnere an die Themen

- innere Sicherheit,
- vernetzte Sicherheit und
- Auslandseinsätze in Verbindung mit der Transformation der Bundeswehr.

In der Inneren Sicherheit oder, wie sie auch genannt wird, beim Schutz Deutschlands und seiner Bürger, wurde zwar im Hintergrund manches auf den Weg

gebracht, vor allem auch in der Bundeswehr selbst, aber eine breite Diskussion möglicher Probleme oder Gefahren fehlt noch immer.

Jeder Experte weiß um die Bedrohung, der einfache Bürger ahnt sie, aber von Vorsorge hören wir so gut wie nichts. Die Öffentlichkeit wird im Unklaren gelassen, wohl auch deshalb, weil es um die Vorsorge nicht allzu gut bestellt ist. Dies gilt für wenig eingeübte Verfahren der Zusammenarbeit ebenso wie für fehlende Kräfte. Und das sage ich nicht mit Blick auf die ZMZ-Anstrengungen der Bundeswehr, sondern mit Blick auf die Zuständigkeit der Länder.

Nach dem Abbau in den 90er Jahren müsste viel Geld für ausreichende Vorsorge aufgewendet werden, um wieder auf Stand zu kommen. Wir stoßen auf breites politisches Schweigen bei diesem innenpolitischen Thema und müssen befürchten, dass es um diese Vorsorge ähnlich bestellt ist, wie um die Vorsorge bei der jüngsten Impfkation. Auch das ist aber Sicherheitspolitik. Auch das ist eine permanente Herausforderung.

Vom offenen Feld des Einsatzes der Bundeswehr über Art. 35 GG hinaus, etwa zum Objektschutz an für die Bevölkerung lebenswichtigen Objekten (Wasserwerke, Energie usw.), will ich erst gar nicht reden. Aber auch darüber sollte man vorsorglich nachdenken.

Vernetzte Sicherheit ist ein weiteres Feld der Herausforderungen. Vernetzte Sicherheit ist aber eine Wortschöpfung, die sich keinesfalls selbst erklärt, aber auch nicht erklärt wird – begrifflicher Nebel!

Es ist einmal die Vernetzung von Innerer und Äußerer Sicherheit, die nach politischer Bekundung nicht mehr getrennt werden können. Gemeint ist aber vor allem die strategische Bündelung der Maßnahmen zuständiger Bundesministerien in den Einsatzländern. Hier steht Afghanistan im Mittelpunkt des Interesses. AA, BMVg, BMI und BMZ haben sich auf ein gemeinsames Vorgehen verständigt.

Aber man gewinnt den Eindruck, dass selbst die beteiligten Ministerien nicht alles verstanden haben, wenn man die Ergebnisse und die Zusammenarbeit am Boden vor Ort betrachtet. Und man konnte sich des Eindrucks ideologischer Vorbehalte in einzelnen Häusern gegen die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr nicht erwehren. Dieser Vorbehalt trifft im Übrigen auf sehr viele NRO auch zu.

Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp ist Landesvorsitzender der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. in Baden-Württemberg. Zuvor war er bis 31.10.2006 Stellvertretender Divisionskommandeur der 10. Panzerdivision in Sigmaringen. Er trat 1965 in die Bundeswehr ein. Nach Ausbildung und Verwendungen als Offizier in der Panzertruppe war er im Generalstabsdienst und im Bundesministerium der Verteidigung tätig. Kopp sammelte multinationale Erfahrungen von 1988 bis 1991 als erster Chef des Stabes bei der Aufstellung der Deutsch-Französische Brigade und war 1996 bis 1999 Stellvertretender Chef des Stabes im EUROKORPS. Einsatz Erfahrung erlangte er als Chef des Stabes der Multinationalen Division Süd-Ost in Mostar, Bosnien und Herzegowina von November 1999 bis August 2000 und wieder von August 2004 bis August 2005 als Stellvertretender Befehlshaber der KFOR in Pristina, Kosovo.

Diese Reibungen oben wirken sich aber auch vor Ort aus. Das wissen die im Einsatzland Tätigen am besten.

Wir werden sehen, wie die neuen Mannschaften im AA und im BMZ mit den Herausforderungen der Strategie der Vernetzten Sicherheit zukünftig umgehen und diese richtige Strategie vor Ort zum Erfolg führen. Und damit sind wir bei den laufenden Einsätzen. In engem Zusammenhang mit Einsätzen, aber auch mit dem Aufgabenfeld des Schutzes Deutschlands und seiner Bürger, stehen neue Überlegungen zur Struktur. Eine Wehrstrukturkommission hat die Arbeit aufgenommen.

Damit geht die Spirale der Transformation der Bundeswehr in eine neue Umdrehung, an deren Ende möglicherweise weniger hohe Stäbe und mehr Truppe, vielleicht sogar mehr Kampftruppe stehen? Offenbar gibt es strukturelle Herausforderungen.

Aber nicht nur die fortlaufende organisatorische Anpassung der Streitkräfte ist erforderlich, mehr noch bedarf es der Aufmerksamkeit auf die intellektuelle oder besser geistige Einstellung der Soldaten, eine Art geistige Rüstung. Dies gilt aber noch mehr und ganz besonders für das Umfeld unserer Soldaten und damit auch für den Rest unserer Gesellschaft.

Afghanistan, das Horn von Afrika, ja sogar das Kosovo oder auch Bosnien sind weit weg. Das Interesse an der Sicherheitspolitik oder an Fragen, geschweige denn an Problemen der Armee ist relativ gering. Es flackert nur auf, wenn spektakuläre Ereignisse stattfinden, wie zuletzt der Luftangriff auf die Tanklastzüge in Afghanistan.

Die Streitkräfte, die Soldaten und Reservisten haben sich auf die neuen Herausforderungen und das neue Aufgabenspektrum, wie ich meine gut eingestellt, weg von den Panzerschlachten der Vorverteidigung, hin zum neuen breiten Aufgabenspektrum heutiger Konflikte (3-block-war), in dem humanitäre Maßnahmen, der Wiederaufbau, aber auch der Kampf parallel und räumlich eng nebeneinander stattfinden können.

Im Umfeld der Soldaten sind es die Familien, die mitgenommen werden wollen. Auch sie haben sich entwickelt, weg von gelegentlichen größeren Übungen im Inland, hin zu längeren Abwesenheiten der Frauen und Männer in Uniform im Ausland. Wobei die große Zahl der Trennungen nicht unerwähnt bleiben darf.

Ein Ergebnis dieses Nicht-Mitnehmens ist auch, dass zurückkehrende Soldaten oder deren Familien ein wenig interessiertes Umfeld haben, in dem sie ihre Probleme los werden und Verständnis finden. Sie werden nicht aufgefangen. Post-Traumata können nicht mehr so wie in der Vergangenheit im Umfeld abgebaut werden, weil die Bindung und das Verständnis in der Basis Heimat fehlen, und diese Heimat keine Heimat mehr in diesem Sinne ist, ja gar nicht sein kann. Anders gesagt, das "Wir-Gefühl" fehlt – vielleicht generell in der Gesellschaft, aber sicher hier besonders deutlich. Die Bundeswehr tut alles in ihrer Macht stehende mit psychiatrischer Betreuung, aber was kommt danach?

Trotz aller Bemühungen ist die Familienbetreuung noch immer eine Großbaustelle, deren Sanierung dringend vorangetrieben werden muss.

Die Streitkräfte stellen sich den Herausforderungen durch hochwertige und fordernde Ausbildung. Die Soldaten stellen sich diesen Forderungen ernsthafter als früher, stellen aber mit Erstaunen fest, dass ihr Umfeld dieser Umstellung noch gar nicht so richtig gefolgt ist und häufig das Verständnis fehlt.

Das große Problem, die gesellschaftliche Herausforderung ist, dass die Bindung zwischen den Soldaten und ihren Angehörigen mit dem Rest der Gesellschaft anscheinend verloren ging. Armee im Einsatz – Gesellschaft im Frieden, ein Missverhältnis? so das Thema unseres Kongresses vor zwei Jahren, ja, ich glaube noch immer! Für die Gesellschaft ist es das geistige Band, das breite Verständnis, das für sicherheitspolitische Fragen, für das, was weit weg, neuhochdeutsch gesagt "abgeht", fehlt. Aber das Verständnis wird auch nicht geweckt. Die Führung von oben, der Eintritt in die breite gesellschaftliche Diskussion findet nicht statt. Die Politik nimmt die Gesellschaft in sicherheitspolitischen Fragen nicht mit, im Gegenteil.

Waren früher, in den Kriegen des letzten Jahrhunderts, Gesellschaft und Soldaten eine fast untrennbare Schicksalsgemeinschaft und galt dies, wenn auch schon in abgeschwächter Form, für die 35 Jahre der Bundeswehr im Kalten Krieg, die große Wehrpflichtarmee der Vorverteidigung, so ist heute eine Entfremdung, vielleicht sogar ein Auseinanderklaffen eingetreten. Das durch die Reorganisation zwangsläufige Verschwinden der Armee aus der Fläche und die geringe Zahl eingezogener Wehrpflichtiger tragen dazu bei.

Hinzu kommt, dass Themen nicht oder nicht mehr angesprochen werden. Kosovo und Bosnien-Herzegowina wurden von der öffentlichen Bildfläche genommen und werden unter einem Deckel gehalten, der den Eindruck vermittelt, dass die Probleme dort gelöst wären, obwohl die Lage dort alles andere als geklärt ist. Das gilt besonders für das Kosovo. Dort regiert die Organisierte Kriminalität im Seidenanzug und mit randloser Brille.

Die Gesellschaft kann und will aber mitgenommen werden. Wie ansprechbar sie auf das "Wir-Gefühl" ist, zeigt der traurige Tod von Robert Enke.

Der Bedarf zeigt sich auch in den Diskussionen und Internetforen über die in Medien abgebildeten Ereignisse, wie gerade über den Luftangriff. Aber man zieht oben keine Folgerungen, geht nicht in die Offensive und überlässt die Sicherheitspolitik viel zu sehr anderen, häufig genug Ideologen und Demagogen. Die geistige Mitnahme von Menschen als selbständig denkende Staatsbürger nennt sich in der Bundeswehr "Innere Führung". Eines ihrer Markenzeichen. Es wäre an der Zeit ein Konzept der "Inneren Führung" auch für die Gesellschaft zu entwickeln und die mündigen Staatsbürger durch Information und Diskussion zu selbständigem Mitdenken zu befähigen.

Führung von vorn ist angesagt. Das bloße "wir alle stehen hinter ihnen" reicht nicht aus und hilft nicht weiter, sich davor zu stellen wäre viel wichtiger. Wohlverstanden, nicht Propaganda, sondern eine unserer Demokratie angemessene Diskussion und Information in der Öffentlichkeit sollte es sein.

Wie nötig das ist, zeigt der Eiertanz um die Frage, ob das, was in Afghanistan stattfindet, nun Krieg ist, oder nicht, oder wie oder was. Der damalige Minister sprach in der Öffentlichkeit davon, dass dies ein Stabilisierungseinsatz sei. Das war zwar sachlich richtig, aber keiner hat genau verstanden, was er damit meinte.

Vielleicht hätte man in der Öffentlichkeit schon vorher häufiger darüber reden müssen, dass Stabilisierungskräfte, wie die 10. Panzerdivision, ein breites Spektrum von Aufgaben haben, das bei humanitärer Hilfe anfängt, über Trennung von Konfliktparteien und das in der Ausbildung auch bei Reservisten so beliebte Thema "Checkpoint" weitergeht, aber – und das wird besonders gerne übersehen – beim Kampf endet, also dass der Kampf Bestandteil des Stabilisierungseinsatzes ist. Das ist das vorgegebene Konzept. Diese Kenntnisse hat Herr Jung vorausgesetzt, als er vom Stabilisierungseinsatz sprach. Aber, da er die Öffentlichkeit vorher nicht mitgenommen hatte, hat er sie mit seiner Aussage auch nicht erreicht. Und er hat auch seinen Soldaten damit nicht geholfen. Denn genau der Kampf in Afghanistan ist für den Soldaten nach seinem Verständnis "Krieg", und diesem gefühlten Krieg muss in der Heimat im Sinne der Soldaten Rechnung getragen werden. Der Soldat muss das Gefühl haben, dass man ihn und seinen schwierigen Auftrag versteht und ihm nicht das Gefühl vermittelt, dass sein Kampf und sein Krieg gar nicht verstanden und eigentlich gar nicht gewollt sind. Damit wertet man seinen Einsatz, sein Engagement und die Bereitschaft, sein Leben zu riskieren, ab.

Auch der Umgang mit dem Oberst Klein zeigt dies. Während die Medien bei jedem Kleinkriminellen die Bezeichnung "mutmaßlich" korrekt zur Anwendung bringen, auch wenn der Einzelfall noch so klar ist, hat hier eine Welle der Vorverurteilung ohne Sachkenntnis stattgefunden, über die man sich nur empören kann. Von "mutmaßlich" keine Spur, nicht nur die Verwechslung zwischen angeordnet und angefordert zeugte von wenig Kenntnis, nein, er hatte den Angriff gar kommandiert. Von sonst üblicher Zurückhaltung keine Rede. An seine Familie, an seine Kinder in der Schule hat man nicht gedacht. Daher kann man jedem nur dankbar sein, der sich öffentlich so vor ihn gestellt hat, wie der Generalinspekteur.

Während sich öffentlich das Verteilen von Gummibärchen und das Brunnenbohren gut machen, der Checkpoint gerade noch akzeptiert wird, ist der Kampf doch im öffentlichen Bild sehr störend. Und genau da hatten wir Soldaten lange ein Problem, das darin bestand, dass der

Soldat einerseits lagegerechte, um nicht zu sagen kriegsnahe Eingriffbefugnisse brauchte, aber die Juristen, auch im eigenen Hause, im BMVg, lange Zeit glaubten, dass deutsches Polizeirecht oder eine Anlehnung an das unaussprechbare UZwGBw¹ im Ausland ausreichen würden. Zum Thema Taschenkarte wurde lange diskutiert, bis endlich nach Jahren jetzt ein Ruck spürbar wurde. Inlandsrecht gegen Erfordernisse des Auslandseinsatzes – eine Herausforderung, die man jetzt offenbar verstanden hat.

Die Mitnahme der Menschen scheint mir daher die große Herausforderung zu sein. Das gilt auch für die Menschen in den Einsatzländern. Dort muss es mit Blick und Rücksicht auf Kulturen und ethnische Besonderheiten rasch zu Verbesserungen kommen, damit es den Menschen, dank unseres Eingreifens schnell besser geht als vorher. Da haben wir schon in Bosnien und erst recht im Kosovo nicht viel erreicht, dagegen in Afghanistan zwar auch wenig, aber wohl durchaus mehr, als uns öffentlich zugestanden wird. Genau die Verbesserung der Lebensverhältnisse ist aber die kritische Größe in unserer Strategie und im NATO-Sprachgebrauch das Center of Gravity, d.h. der empfindliche Punkt von dem der Erfolg oder der Misserfolg abhängen.



Gut besucht (vorn v.l.): Kommandeur Landeskommando Baden-Württemberg Oberst Franz Arnold, Stellvertretender Kommandeur der 10. Panzerdivision Brigadegeneral Manfred Hofmeyer, Vizepräsident Regierungsbezirk Karlsruhe Dr. Klaus Michael Rückert und der Präsident der Wehrbereichsverwaltung Süd Michael Brod

Auch Prüfpunkte – oder neuhochdeutsch Benchmarks – müssen für die gesetzt werden, die von unserem Einsatz profitieren, in dem sie die Macht übernommen haben, die wir stabilisieren sollen. Der Minister hat dies im Falle Karsai mit Recht gefordert. Im Kosovo ist das nicht geglückt.

Barrack Obama hat in der großen Politik viele weitere Stellgrößen genannt, an denen die USA in naher Zukunft arbeiten werden: Atomwaffen, Verzicht auf das Raketen-

¹ Das **Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges** und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr und verbündeter Streitkräfte sowie zivile Wachpersonen (UZwGBw) regelt die Anwendung unmittelbaren Zwangs und die Ausübung besonderer Befugnisse durch Soldaten der Bundeswehr sowie ziviler Wachpersonen.

programm in Osteuropa, Iran, der Nahe Osten und Afghanistan.

Zu Afghanistan werden wir in diesem Kongress etwas hören aus militärischer Sicht.

Obama hat auch gesagt, dass er der erste pazifische Präsident sei. Durch eine politische Schwerpunktverlagerung in den pazifischen Raum könnten neue Herausforderungen auf uns zukommen. Sein Besuch in China, ungewöhnlich schnell nach Amtseintritt, ist ein Signal.

Fazit ist, nachdem uns der Feind an der Grenze mit Panzern, Flugzeugen und Stiefeln am Boden und das Gefühl der Bedrohung abhanden gekommen sind, tun wir uns als Gesellschaft mit der Sicherheitspolitik schwer. Sicherheitspolitik und Strategie aber sind nicht erst seit heute viel mehr als der Gebrauch von Streitkräften zum politischen Zweck. Aus dem Nebeneinander vieler politischer Felder und dem multinationalen Ineinandergreifen von militärischen und zivilen Strukturen ergeben sich Herausforderungen, die vor allem politisch umgesetzt

werden müssen. Denn letztlich ist auch der Einsatz von Streitkräften eine politische Entscheidung.

Wir als Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik sehen das fehlende Interesse der Öffentlichkeit, an den Teilnehmern in den Veranstaltungen der Sektionen. Ihnen, dem Reservistenverband, wird es ähnlich ergehen. Auch wir sollten vor Ort auf breiter Front noch enger zusammenarbeiten und andere befreundete Organisationen einbeziehen. Mit diesen Kongressen wollen wir durch Information und Diskussion zur sachgerechten Meinungsbildung beitragen. Auch sind wir dankbar, dass der Kongress in diesem Jahr in der Öffentlichkeit besser wahrgenommen wurde als in den Jahren davor.

Jetzt aber genug der Herausforderungen und hin zum diesjährigen Kongress. Ich freue mich, dass wir vier hervorragende Persönlichkeiten für Vorträge gewinnen konnten. Der heutige Abend gehört unserem Generalinspekteur, ich bitte Sie zu uns zu sprechen.



Seit Jahren beim Kongress dabei (v.l.): Oberst iGst Martin Vögeli und Oberst Peter Marcandella aus Schaffhausen



Mit Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung des Kongresses sind die Mitarbeiter der Geschäftsstellen beschäftigt, hier (v.l.) Gisela De Gori, Gerhard Mosch und Werner Schick



Der Stabsoffizier für Reservisten beim Landeskommmando Baden-Württemberg Major Andreas Brockmann im Gespräch mit dem Kreisvorsitzenden Franken Fw d.R. Anton Keller



Der Vorsitzende des Beirats Freiwillige Reservistenarbeit Generalmajor a.D. Ekkehard Richter ist einer der treuesten und eifrigsten Teilnehmer bei den Internationalen Sicherheitspolitischen Kongressen

Wolfgang Schneiderhan

Sicherheit in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts

Rolle und Aufgabe der Bundeswehr



Zum Vortrag von General Wolfgang Schneiderhan wurde kein Text zur Verfügung gestellt.

Wolfgang Schneiderhan ist General des Heeres der Bundeswehr. Seit dem 27. Juni 2002 amtiert er als 14. Generalinspekteur der Bundeswehr und ist damit der ranghöchste Offizier in der Spitzengliederung der Bundeswehr. Mit bisher sieben Jahren in dieser Funktion ist er der am längsten dienende Generalinspekteur.

Am 4. April 1966 trat Schneiderhan als Offizieranwärter seinen Dienst bei der Panzertruppe der Bundeswehr in Dornstadt an. Er absolvierte die Ausbildung zum Offizier und wurde zwei Jahre später, am 01.10.68, zum Leutnant und am 01.04.71 zum Oberleutnant befördert. Von 1972 bis 1974 diente er als Jugendoffizier der 10. Panzerdivision in Sigmaringen. Die Beförderung zum Hauptmann erfolgte am 01.04.74. Von 1974 bis 1977 war Schneiderhan Kompaniechef im Panzerbataillon 293 in Stetten am kalten Markt, in dieser Verwendung war sein Divisionskommandeur Günter Kießling, zu dem er später regelmäßig Kontakt hielt.

Von 1977 bis 1979 absolvierte Schneiderhan den 20. Generalstabslehrgang des Heeres an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg unter anderem zusammen mit den späteren Generalleutnanten Hans-Heinrich Dieter und Jürgen Ruwe. Im Anschluss daran erhielt er am 01.10.79 die Beförderung zum Major.

Von 1979 bis 1981 war er als Referent für militärisches Nachrichtenwesen im Führungsstab der Streitkräfte in Bonn eingesetzt. 1981 wurde Schneiderhan Abteilungsleiter Operationen und Ausbildung (G3) der Heimatschutzbrigade 55 in Böblingen. Am 27.10.82 erhielt er die Beförderung zum Oberstleutnant. In dieser Zeit diente er unter den Obersten Rolf Röder und Berthold Maria Schenk Graf von Stauffenberg. 1983 übernahm Schneiderhan in Brunsum in den Niederlanden den Posten des Opera-

tionsstabsoffiziers (G3) im NATO-Hauptquartier Europa-Mitte und diente dabei unter dem Kommando von General Leopold Chalupa. Zurück in Deutschland übernahm er 1986 das Kommando über das Panzerbataillon 553 in Stetten am kalten Markt. Vom Oktober 1988 bis zum Oktober 1990 war er schließlich in Regensburg als Chef des Stabes der 4. Panzergrenadierdivision unter dem Kommando der Generalmajore Kurt Barthel und Jürgen Reichardt eingesetzt. In dieser Verwendung wurde er 1989 auch zum Oberst befördert. 1990 kehrte Schneiderhan in das NATO-Hauptquartier (SHAPE) in Mons (Belgien) zurück, diesmal als Stabsoffizier für Rüstungskontrolle. Hier diente er unter dem US-General John R. Galvin und seinem deutschen Stellvertreter General Dieter Claus. 1992 folgte eine zweijährige Verwendung als Fachbereichsleiter Führungslehre (Heer) an der Führungsakademie der Bundeswehr.

Am 14.09.94 übernahm Schneiderhan wieder ein Truppenkommando, diesmal als Kommandeur der Panzerbrigade 39 „Thüringen“ in Erfurt, was kurz nach der Wiedervereinigung als besonders verantwortungsvolle Aufgabe galt. In dieser Verwendung wurde er am 01.10.96 zum Brigadegeneral ernannt. Er führte diese Brigade bis zum 04.09.97 und gab das Kommando an Günter Weiler ab. Von 1997 bis 1999 folgte eine Verwendung als Stabsabteilungsleiter Bundeswehr-Planung im Führungsstab der Streitkräfte (FuS VI) im Bundesministerium der Verteidigung in Bonn und Berlin. Am 01.04.99 wurde Schneiderhan zum Generalmajor befördert und war von 1999 bis 2000 als Leiter der Stabsabteilung Militärpolitik und Führung (FuS III) eingesetzt. Schneiderhan verblieb im Ministerium und übernahm nach der Ernennung zum Generalleutnant am 01.07.00 von Generalleutnant Harald Kujat, der zum Generalinspekteur aufstieg, den Posten des Leiters des Planungsstabes des Verteidigungsministers Rudolf Scharping (SPD). Diesen Posten gab er 2002 an Ministerialdirektor Franz H. U. Borkenhagen ab, der bis dahin den Presse- und Informationsstab geleitet hatte und davor bereits als stellvertretender Leiter des Stabes unter Kujat und Schneiderhan selbst fungiert hatte.

Am 01.07.02 wurde Schneiderhan schließlich zum Generalinspekteur der Bundeswehr ernannt – dem 14. seit Gründung der Bundeswehr und dritten der Ära Rudolf Scharping. Verbunden mit diesem Posten war die Ernennung zum General. Er wurde damit abermals Nachfolger von Harald Kujat, der als Vorsitzender des NATO-Militärausschusses nach Brüssel wechselte.

Während der Amtszeit als Generalinspekteur wurde seine Dienstzeit über das übliche Pensionierungsalter hinaus zweimal verlängert, im Juli 2007 sowie Juli 2008.

Schneiderhan ist mit bisher sieben Jahren der am längsten amtierende Generalinspekteur in der Geschichte der Bundeswehr. Er ist zudem Vorsitzender des Soldatenhilfswerks der Bundeswehr e. V. und Mitglied des Deutschen Bundeswehrverbandes. Bei einer Veranstaltung des Bundeswehrverbandes am 16.06.09 äußerte sich Schneiderhan kritisch gegenüber dem Verhalten vieler Soldaten im Auslandseinsatz und erklärte, ein "Rundum-Wohlfühlangebot mit Erfolgserlebnis" könne nicht garantiert werden.

Während seiner Dienstzeit wurde Schneiderhan mit zahlreichen Orden und Ehrenzeichen im In- und Ausland geehrt, darunter das Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und das Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, das Legion of Merit der US-Streitkräfte, den Orden der französischen Ehrenlegion sowie im April 2009 mit dem Offizierskreuz des Ordre national du mérite. Schneiderhan wurde am 25.04.09 die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg und am 29.04.09 durch Bundespräsident Horst Köhler persönlich das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen.

Wolfgang Schneiderhan, geboren am 26. Juli 1946 in Riedlingen, wuchs in Bad Saulgau auf. Am Störck-Gymnasium Saulgau legte er 1965 sein Abitur ab. Wäre Schneiderhan nicht Berufssoldat geworden, würde er nach eigener Aussage vielleicht in seiner oberschwäbischen Heimat Bad Saulgau als Lehrer für Deutsch und Geschichte leben. Er ist mit der Jugendirchlerin Elke Schneiderhan, geborene Speckhardt, verheiratet und Vater von drei Söhnen und zwei Töchtern.

Landespokal jetzt am rechten Ort

Beim Schießen um den Pokal der Landesgruppe war durch einen Computerfehler die Siegerliste und so auch die Pokalübergabe fehlerhaft geraten und es waren nachträglich in angemessenem Rahmen die wirklichen Sieger von der Reservistenkameradschaft Unlingen mit besagtem Pokal auszuzeichnen. Der Landesvorstand wählte hierfür den 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe aus.

Zwar war dies dann fast fünf Monate nach dem Wettkampf, aber die Unlinger erhielten den Pokal nicht nur in Anwesenheit des ranghöchsten Soldaten der Bundeswehr und weiterer fünf Generale, sondern aus der Hand des damaligen Generalinspektors General Wolfgang Schneiderhan selbst. Der war sichtlich erfreut, dass die Siegermannschaft aus der Nachbargemeinde seines Geburtsorts Riedlingen an der Donau kommt und so wiederum seine oberschwäbische Heimat zu loben war.

Harry-Rolf Ropertz



Die Siegermannschaft der RK Unlingen (Bild unten links, v.l.) mit OGeFr d.R. Michael Kauer, Gefr d.R. Walter Schmid, StUffz d.R. Martin Lohner, HptFw d.R. Thomas Kesenheimer und dem Generalinspekteur der Bundeswehr General Wolfgang Schneiderhan sowie dem Ersten Stellvertretenden Landesvorsitzenden StFw d.R. Hans-Jürgen Blümlein und dem Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Ralf Bodamer

Jeffery E. Marshall

Building Capabilities for Success in Afghanistan



Brigadegeneral Jeffery E. Marshall trug in freier Rede in englischer Sprache vor, unterstützt von einer Power-Point-Präsentation. Diese Präsentation war in weiten Teilen zuvor ins Deutsche übersetzt und für diese Dokumentation zur Verfügung gestellt worden. Die stichwortartige Aufzählung wesentlicher Problembereiche und Lösungsansätze beinhaltet aber nicht immer klare Aussagen und Wechselbeziehungen.

Ein Redetext wurde nicht zur Verfügung gestellt, wohl aber Texte von Brigadegeneral Jeffery Marshall zu einzelnen Punkten des Vortragsthemas, die sich unter

<http://useucom.wordpress.com/author/jefferymarshall/> im Internet finden. Die nachfolgenden Texte und Grafiken sind deshalb so gemischtsprachig wie der Vortrag: deutsche und englische Texte aus der Präsentation und fortlaufender englischer Text aus der Internetinformation.

Der englischsprachige Text aus dem Internet lässt sich zwar computergestützt schnell übersetzen und sprachlich verbessern, nicht alle Fehler sind dabei aber so leicht zu erkennen wie nachfolgendes Beispiel: *counter insurgency wurde mit "Zähler Aufstand"* statt Aufstandsbekämpfung übersetzt. Deshalb unterbleibt hier eine Übersetzung.

aus : <http://www.ng.mil/ngbgomo/library/bio/1753.htm>

Biography, National Guard Bureau, Department of the Army and the Air Force, General Officer Management Office, Arlington, VA

BRIGADIER GENERAL JEFFERY E. MARSHALL

Deputy Director Plans and Policy, J5, US European Command and Executive Liaison to the State Partnership Program

Brigadier General Jeffery E. Marshall currently serves as the Deputy Director Plans and Policy, J5, US European Command, as well as the command's liaison to the State Partnership Program.

After graduating from the United States Military Academy in 1981, he began his military career as a rifle platoon leader in the 82nd Airborne Division. While in the division, he was also a mortar platoon leader, support platoon leader and a company executive officer. After leaving, Ft Bragg, BG Marshall attended the Infantry Officers' Advanced Course and then was assigned to the 10th Mountain Division. While assigned to Ft Drum, BG Marshall was the division's unit training officer and comptroller.

He left active duty in 1986 and immediately joined the Maryland Army National Guard. He commanded an infantry company and was the battalion operations officer for the 1-175 IN. From there, he became the Operations Officer for the 3rd brigade, 29th Infantry Division (Light). He was then assigned as the S2/3 for the 29th Division Support Command. BG Marshall left the 29th ID (L) and took command of the 2-70 BN (Leader). He then returned to the 3rd Brigade, 29th ID (L) as the Executive Officer. When the Maryland National Guard stood up the 29th Joint Task Force Augmentation Team, he moved to this new unit as its operations officer. He then took command of the 29th ID (L) brigade as part of SFOR 10 in Bosnia. After his service in Bosnia, BG Marshall took command of the 29th Joint Task Force Augmentation Team and led the unit's deployment to Afghanistan in 2002-2003. While in Afghanistan, BG Marshall was the Director, Afghan National Army Reconstruction Team.

EDUCATION: 1981 United States Military Academy - BS Degree, 1990 Johns Hopkins University - Masters of Administrative Science, 2000 Army War College - MS Degree - Strategic Studies

ASSIGNMENTS: 1. March 1982 - April 1983, Platoon Leader, Company A, 1st Battalion (Airborne) 508th Infantry, 82nd Airborne Division; 2. April 1983 - October 1983, Support Platoon Leader, Headquarters and Headquarters Company, 1st Battalion (Airborne), 508th Infantry, 82nd Airborne Division; 3. October 1983 - February 1985, Executive Officer, Headquarters and Headquarters Company (Airborne), 82nd Airborne Division; 4. July 1985 - September 1986, Assistant G3 Air, 10th Mountain Division (Light); 5. September 1986 - November 1986, Control Group (Ready Reserve); 6. November 1986 - February 1987, Battalion Staff Officer (Overstrength), Headquarters and Headquarters Company, 2nd Battalion, 175th Infantry, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 7. February 1987 - October 1988, Commander, Company B, 2nd Battalion, 175th Infantry, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 8. October 1988 - January 1990, Assistant S-3 Officer, Headquarters and Headquarters Company, 2nd Battalion, 175th Infantry, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 9. January 1990 - May 1992, S-3, Headquarters and Headquarters Company, 2nd Battalion, 175th Infantry, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 10. May 1992 - November 1995, S-3, Headquarters and Headquarters Company, 3rd Brigade, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 11. November 1995 - September 1996, S-2/S-3, Headquarters and Headquarters Company, 29th Division Support Command, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National Guard; 12. September 1996 - February 1997, Commander, 2nd Battalion, 70th Regiment (Leader), Maryland Army National Guard; 13. February 1997 - August 1998, Brigade Executive Officer, Headquarters and Headquarters Company, 3rd Brigade, 29th Infantry Division (Light), Maryland Army National

Folie 1 (Thema)
**Aufbau von Partner-Fähigkeiten zur
Unterstützung von Afghanistan**

BG Jeffery Marshall
ECJ7



= = =

Folie 2

Bedarf Afghanistans

- Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte
 - Aufwuchs der Afghanischen Nationalarmee erfordert Operational Mentor and Liaison Teams (OMLT)
 - Aufwuchs der Afghanischen Nationalen Polizei erfordert OMLTs der Polizei
- Sicherheitssektor
 - Nation building: defense institutions
 - Governance
 - Infrastruktur
 - Aufstandsbekämpfung (counter insurgency)
 - Terrorismusbekämpfung (counter terrorism)
 - Sicherheitskräfte (Security forces)

= = =

Folie 3 bis 5

Nachfolgender englischer Text aus:
<http://useucom.wordpress.com/author/jefferymarshall/>
Die Grafiken wurden im Vortrag und im Internet verwendet

The State Partnership Program, Relationships, and Building Partner Capability 06.08. 2009

Building Partner Capability is Job #1 here at EUCOM. Partners are the heart and soul of SPP – they are in the program's DNA. From its inception, the strength of the

SPP is the depth and breadth of the partnerships the program builds on the personal level as well as the governmental level. Many of the personal relationships last an entire career as officers and NCOs rise through the ranks and remain in contact and engaged together in various capability building programs.

Increasingly, these relationships are also forged in the fires of combat. Many of the states in the EUCOM SPP have deployed to Afghanistan and Iraq with their partner nations. In some cases, the partner nation requested their co-deployment based on the strength of their relationship. Poland and Illinois comes to mind, as does Georgia and Georgia. In other cases, the state provides critical capabilities to enable the partner deployment. Great examples are the co-deployment Operational Mentor and Liaison Teams (OMLT). Michigan-Latvia, Tennessee-Bulgaria, Hungary-Ohio, and Minnesota-Croatia are good examples and the list is growing.

Yes, relationships matter. They are the bedrock upon which any meaningful engagement and capabilities building program are built. SPP provides EUCOM with extremely strong relationships in the 20 countries that participate in the SPP. As we move forward with our partners to jointly pursue key capabilities building programs, the relationships built in the SPP will pay enormous dividends for both our partners and the US.

European Coalition Task Force

13.08.2009

EUCOM is building the European Coalition Task Force (ECTF) to further our partnership efforts. The ECTF's immediate goal will be to generate, train and deploy Operational Mentor and Liaison Teams (OMLT) to Afghanistan.

OMLTs are small teams of officers and NCOs whose primary task is to coach, teach and mentor Afghan National Army (ANA) units, provide the conduit for liaison and Command and Control and, when required, support the operational planning and employment of the ANA. These teams can be from one country or co-deployments from multiple countries, such as the one currently in Afghanistan composed of Michigan and Latvian soldiers.

Guard; 14. August 1998 - October 1998, Commander (overstrength), 2nd Battalion, 175th Infantry, Maryland Army National Guard; 15. October 1998 - June 2000, Operations Officer, 29th Joint Task Force Augmentation Team, Maryland Army National Guard; 16. June 2000 - August 2001, Deputy Commander, 29th Joint Task Force Augmentation Team, Maryland Army National Guard; 17. August 2001 - April 2002, Brigade Commander/Ground Forces Commander, Eagle Brigade, Multinational Division (North), Bosnia and Herzegovina; 18. April 2002 - June 2002, Deputy Commander, 29th Joint Task Force Augmentation Team, Maryland Army National Guard; 19. June 2002 - February 2003, Director, Afghan National Army Reconstruction Team, CJTF180, Afghanistan; 20. February 2003 - March 2006, Deputy Commander, 29th Joint Task Force Augmentation Team, Maryland Army National Guard; 21. March 2006 - December 2007, Assistant Political Advisor, US European Command; 22. January 2008 - Present, Deputy Director Plans and Policy, J5, US European Command

MAJOR AWARDS AND DECORATIONS: Legion of Merit, Bronze Star Medal, Meritorious Service Medal (with 3 Oak Leaf Clusters), Army Commendation Medal (with 2 Oak Leaf Clusters), Army Achievement Medal (with 1 Oak Leaf Cluster), Air Force Achievement Medal, Army Reserve Components Achievement Medal (with 4 Oak Leaf Clusters), National Defense Service Medal (with Bronze Service Star), Armed Forces Expeditionary Medal, Afghanistan Campaign Medal, Global War on Terrorism Expeditionary Medal, Armed Forces Reserve Medal (with Bronze Hourglass Device, Mobilization Device and Arabic numeral 2), Army Service Ribbon, NATO Medal, Joint Meritorious Unit Award

EFFECTIVE DATES OF PROMOTIONS: 2LT RA 27 May 1981, 1LT RA 27 November 1982, CPT RA 1 December 1984, CPT USAR 2 September 1986, CPT ARNG 15 November 1986, MAJ ARNG 21 June 1990, LTC ARNG 14 December 1995, COL ARNG 14 June 2000, BG ARNG 16 October 2006
(Current as of July 2008)

As the ANA grows to meet operational requirements in Afghanistan, the need for OMLTs could expand dramatically. The ECTF's charter is to help meet this expanding need with trained OMLTs.

EUCOM will host a conference here at Stuttgart August 17-19 to answer some of the key questions we need answered to define the ECTF's mission and determine its organization. The conference will include representatives from the Department of Defense, the State Department, the National Guard Bureau, the states in EUCOM's State Partnership Program and our component commands. At the conclusion of the conference, we should have all the information we need to develop the ECTF concept of operations.

European Partnership Task Force

27.08.2009

For those of you with great memories, you'll note my last blog spoke of the European Coalition Task Force. During our conference last week (17-19 August) we renamed the concept to use the word Partnership rather than Coalition. Partnership clearly conveys our intent better than coalition. Hence the European Partnership Task Force or EPTF.

The EPTF is designed from top to bottom, left to right to embody the concept of Partnership. That's why we selected the image to the right and the motto, Give Way Together for the conference. We're all in this together and need to work as a team to make progress. And that we did during the conference. I know this spirit will carry forward as we start to implement the EPTF.

We designed the conference to answer the Information Requirements IR) that support the Mission Analysis phase of EPTF Decision Support Template (DST). Sounds a like a mouthful, but it's really pretty simple: the DST gathers the information we need to know to make an informed, effective decision and provides some structure the decision making process. The EPTF DST has three phases that lead to a successful stand-up. Each phase has one or more key decisions that support the successful conclusion of the phase.

To answer the IRs, we invited representatives from NATO, DoD, the Joint Staff, our components, CENTCOM, US Forces-Afghanistan, the states in our SPP and the USAR and USNR. We discussed issues ranging from the requirements in Afghanistan to how to conduct partner train and equip programs and from the right funding sources to getting the right people involved in the processes.

We clearly had the right people at the conference. Whether they came Afghanistan, Brussels or elsewhere, they all contributed to answering the IRs and, just as important, engaging in a lot of cross-dialog. The give and take of information and ideas was every bit as important as answering the IRs.

As a result, we answered all of the IRs and developed the Mission Analysis brief that we'll present to Admiral Stavridis.

Standing up a new organization is an interesting process. As I look at the EPTF there are three key components to consider:

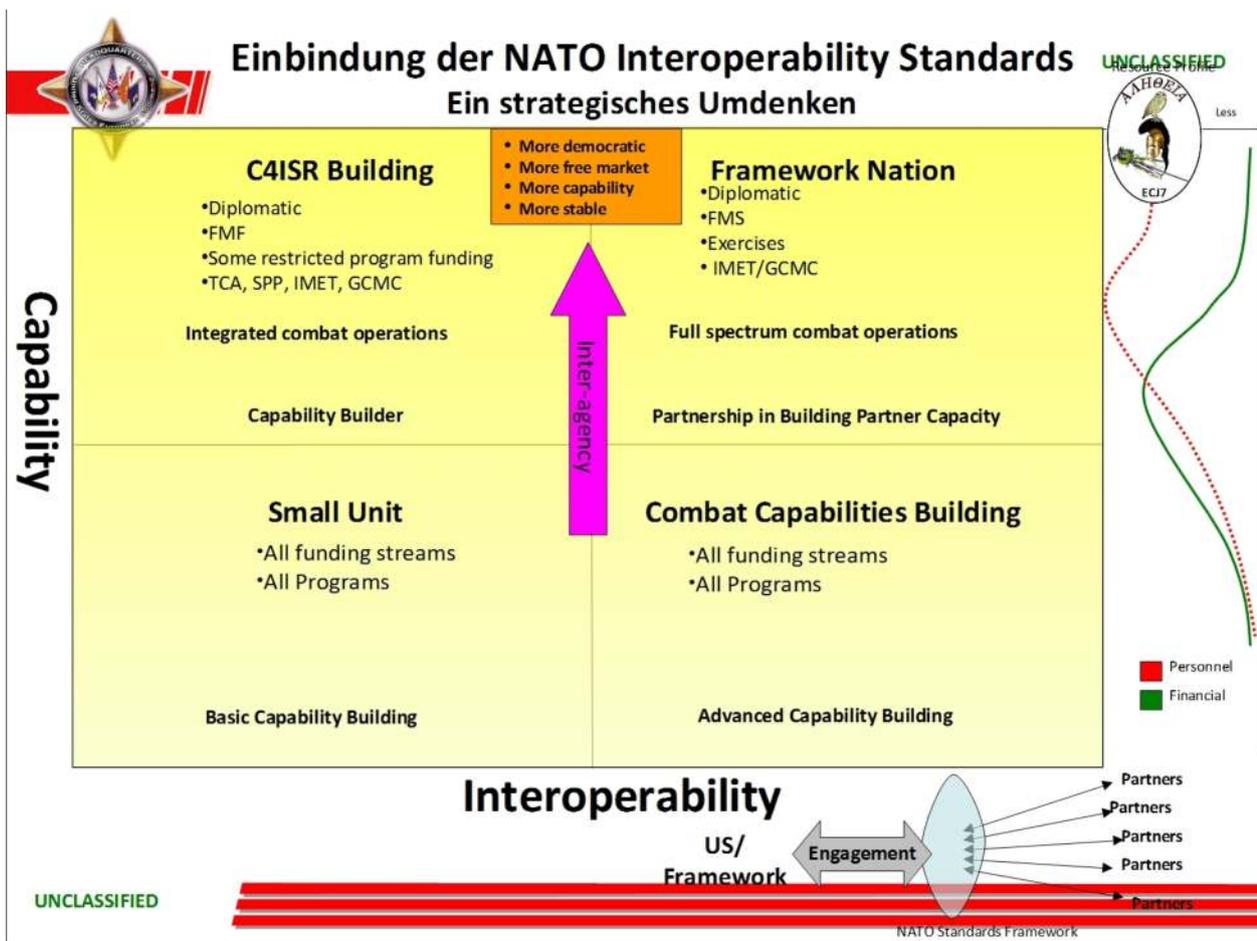
- * Understanding the European environment and our partners in order to build effective partnerships
- * Thinking outside the box to generate new ideas
- * Creating the new organization structure and staffing it

Admiral Stavridis has an excellent reading list that helps to build foundational understanding. I've been working my way through this reading list. But there is no substitute for face-to-face discussion and meeting people. We're working on a partnership engagement strategy now. I think getting some of allies embedded in the EPTF will be critical for success.

The figure looks at a spectrum of partnership engagement. The upper right quadrant, labeled Framework Nation, is those partners that are both highly interoperable and highly capable. These are measured by using NATO standards. Officers from Framework Nations are likely candidates for staffing the EPTF. Partners in other quadrants are key partners for joint capability building programs. By embedding officers from Framework Nations, we'll ensure a high powered organization that looks at capability building programs from a variety of perspectives and leverages talents, knowledge and resources.

In order to start thinking outside the box, I've gone a bit beyond Admiral Stavridis' reading list. I just finished reading *Iconoclast*, and am now reading *The Talent Code*. *Iconoclast* is an interesting mixture of case studies of iconoclasts (those that challenge established thinking and ways of doing things) and analysis of the brain and areas of the brain that inhibit new thinking and action. I've just started *The Talent Code*, but it looks like it will be an interesting study of how to train high performing people and teams. Since the EPTF is both a new concept and a new team that we'll stand up, I thought both books might be fertile fields for study. In *Iconoclast*, Berns says that to develop and implement new ideas, you need a different way to perceive the world, freedom from fear and social intelligence. Without a different perception you won't get the new idea. As long as you fear failure, you won't implement the new idea. If you can't convince others of the idea's value, it won't catch on. Coyle writes of the need to practice at the margins of ability and work on failure points. He identified three key ingredients: deep practice, ignition (a spark that creates a talent "hotbed") and Master Coaching.

Finally, we need to develop an effective EPTF structure that nests within the overall construct of EUCOM's Building Partnership Capabilities efforts. After the approval of the EPTF concept and essential task, we've moved into this stage now and are developing organizational and staffing plans. We must identify the EPTF's key tasks (those things it must do) and then



determine the organizational functions and structure required to accomplish these tasks. I think we're well on the way and will keep you updated as develop the organizational construct.

Partnership Engagement

07.09.2009

Last week, in the second of the EPTF blogs, I discussed the concept of framework nations and discussed a concept for getting framework nations involved in the EPTF.

I'm going to ask four questions below and would appreciate your insights and feedback that will help to define this concept, as well as determining what capabilities to help our partners to build.

I'd like you to take a look at the graphic to the right. It is a way of looking at capability and capacity building. Ideally, we want to build capability – you use capability. But in order to ensure that we can both build and sustain capability, we must ensure we have the capacity. Ideally, our capability building objectives are stated in clear terms, such as “within two years, be able to sustain the continuous deployment a light infantry company for full-spectrum operations in conjunction with other NATO forces”. In order to manifest this capability, the partner nation needs the capacity to organize, train, equip, sustain and deploy a company. Because it is a continuous requirement, the partner needs at least a battalion to rotate companies. The companies must meet NATO standards

for both doctrine and command and control. The DOTMLPF (Doctrine, Organization, Training, Material, Leadership, Personnel and Facilities) model provides a comprehensive way to both assess the current capacity as well as to determine what capacity needs to be developed to meet the stated capability goal.

The top part of the figure – determining the capability objective – describes a joint process. First, we look at established requirements and needs. For example, NATO publishes a Combined Joint Statement of Requirements (CJSOR) for requirements in Afghanistan. Next, as we look at potential partners, we review what they currently have for both capability and capacity. For quick turn requirements, such as filling gaps in a CJSOR, we may want to find partners that can quickly manifest the required capability. Finally, we have to look at the top circle – National Will. This looks at how likely the partner will be to actually deploy the capability and if so, what kind of caveats the government will impose. If the government is unlikely to deploy the capability or impose significant caveats on its employment, the investment in capability and capacity building may not provide the desired operational capability.

The bottom part of the figure looks at the capability and capacity building system. It takes trained personnel, a sound strategy, the proper authorities, process and infrastructure and money to build partner capability and capacity. These resources represent the investment we make in building partnership capability and capacity.

Ideally, we ensure that the capabilities we help our partners to manifest and sustain merit the investment we must make.

Note, that while the capability objective noted above was military, it could just as easily be a civil security objective, such as “within two years be able to stand-up an incident management command and control system that provides integrated communications from first responders to a national level operations center and provides an integrated Common Operational Picture and decision support tools in order to respond to national and regional crises.” This is clearly an interagency requirement. It also puts a different spin on questions about National Will. In this case, National Will questions could reflect policies on data sharing, security and how willing the partner will be to provide response assets to other countries within its region.

I'd like your thoughts on a few of the dynamics involved in the model:

1. How do we get our framework partners fully involved in the process?
2. How do we share the investment costs among the US and our framework partners?
3. How do we quickly assess a partner's capability and capacity?
4. How do we assess a partner's will and work with their leadership – both military and political – to strengthen their desire to support deployments and to lower their caveats on deployed forces?

Ende der Texte aus:
<http://useucom.wordpress.com/author/jefferymarshall/>

= = =



Folie 4

Ziel-Fähigkeiten festlegen

- Beziehungen, Vertrauen und Respekt sind kritisch
- Gemeinsame Entscheidungen, basierend auf Bedarf, sowie aktuellen Fähigkeiten und Kapazitäten
- Hat das jemand anderes?
- Wo und wann wird es benötigt?
- Nationaler Wille des Partners die Fähigkeit zur Anwendung zu bringen beeinflusst ebenfalls die Entscheidung über und die Art der Investition in Fähigkeiten.

= = =

Folie 6

Generierung von Truppen

- NATO geführte Bemühungen
- US unterstützt wenn notwendig/angefordert
- Generierung von Truppen erfordert einen integrierten Ansatz



Anmerkungen und Fragen aus der Saalmitte brachte Oberst d.R. Dr. Hans-Hermann Bowitz vor



Der Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer bedankt sich bei Brigadegeneral Jeffery E. Marshall für seinen Beitrag



Rechtzeitig Platz genommen (v.l.): der Stellvertretende Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Bernhard Kempf und der Bundesrevisor Oberstlt d.R. Peter Münch



Bereit zum nächsten Vortrag (v.l.): Erster Stellvertretender Kreisvorsitzender der Kreisgruppe Mittlerer Neckar OstFw d.R. Dieter Helm, StFw d.R. Gerd Ruge und der Vorsitzende der RK Markgröningen StFw d.R. Hans Georg Noß



Nach Vortrag und der Frage- und Diskussionsrunde erhielt der Korrespondent vom Hauptstadtstudie der ARD Hans-Jürgen Maurus (Mitte) - wie die anderen Vortragenden - eine Erinnerungsplakette und einen paritätisch befüllten Geschenkkarton mit einer Flasche Badener Wein und einer Flasche Württemberger Wein vom Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer überreicht



Hans-Jürgen Maurus

Die Streitkräfte zwischen Wunschdenken und politischer Realität



Begrüßung

Meine Damen und Herren, die Militärs haben gesprochen, es folgt ein Zivile, noch dazu einer aus der Medienzunft. Da Journalisten ähnlich schlechte Umfragergebnisse wie Politiker erzielen, weiß ich, worauf ich mich einlasse. Und wie mutig General Kopp ist, mich einzuladen. Denn ich gelte als ein Beobachter, der nicht lange um den heißen Brei redet. Und wenn jetzt die eine oder andere Bemerkung ihr Missfallen erregen sollte, erlauben Sie mir die Bitte: Ich bin nur der Botschafter, der die Depesche überbringt. Beziehungsweise die Medienperspektive aus der Sicht des politischen Beobachters in der Bundeshauptstadt. Ich möchte ein paar Fragen aufwerfen, die einer Antwort bedürfen, ob man es will oder nicht.

Hans-Jürgen Maurus ist stellvertretender Büroleiter des Südwestfunks SWR im Hauptstadtstudio Berlin.

Der geborene Baden-Badener hat sein Handwerk als Journalist von der Pike auf gelernt und er übt seinen Beruf auch heute noch mit derselben Leidenschaft aus.

Nach dem Abitur am Moll-Gymnasium in Mannheim und dem Hochschulabschluss an der Universität Mannheim in Germanistik und Politikwissenschaft stieg er beim Süddeutschen Rundfunk SDR ein, wurde nach einer kurzen Hospitanz zum Redakteur, Autor und Moderator für Politik, aktuelle Magazine und Verbrauchersendungen befördert. Danach folgten langjährige Auslandsaufenthalte in Südostasien (Thailand und Singapur), im Nahen Osten als Korrespondent im ARD Büro in Kairo und in Südafrika (Johannesburg). In den Jahren 1986/87 arbeitete er als Junior-Korrespondent der ARD im Büro Washington, danach als freier Korrespondent in London für SDR, RIAS Berlin, die Stuttgarter Nachrichten, Rheinpfalz, Standard (Wien), die Schweizerische Politische Korrespondenz, die Handelszeitung und das Magazin Schweizer Bank. In dieser Zeit entdeckte er seine Vorliebe für Spezialgebiete aus Wirtschaft und Finanz. In den Jahren 1991–1994 berichtete er als Londoner Korrespondent für die Rubrik «Ten to ten» des Südwestfunks. Danach folgte die SWR-Korrespondentenstelle in Washington mit den Spezialgebieten Wirtschaft und Finanzen. 1999 berief ihn die ARD in ihr Hauptstadtstudio nach Berlin, wo er die Spezialgebiete Wirtschaft und Finanzen sowie Terrorismus und Außenpolitik betreut. Er verfügt über ausgezeichnete Kontakte zur Welt der Politik und der Banken und zwar auf nationaler und internationaler Ebene. Live-Auftritte oder gesendete Beiträge bei ausländischen Sendern: CNBC, ABC News, National Public Radio (NPR) Washington, BBC World Service, BBC Scotland, ORF und SRG. Zahlreiche Artikel wurden in folgenden Zeitungen publiziert: Standard (Wien), Schweizer Bank, Schweizerische Handelszeitung, Mannheimer Morgen, Rheinpfalz und Stuttgarter Nachrichten. Seit 2004 ist er stellvertretender Büroleiter des SWR im Hauptstadtstudio Berlin.

Ich will mit zwei kleinen Anekdoten beginnen.

Im vergangenen August stürmten Taliban in der Provinz Kundus nachts eine lokale Polizeistation und erschossen den jüngeren Bruder des Gouverneurs. Seither macht der Gouverneur die Bundeswehr für den Tod des Bruders verantwortlich; weil die Deutschen keinen Hubschrauber geschickt hätten, als der Schwerverletzte verblutete. Er habe angerufen und man habe ihm gesagt, dass man eine solche Mission nicht machen könne, wird Mohammed Omar im Wall Street Journal Anfang der Woche zitiert, doch die Deutschen gehen nachts nicht gerne raus. Von deutscher Seite hieß es, man habe nicht mehr tun können, um den Mann zu retten. Das Opfer sei eines von mehreren Komplikationen in einer schwierigen Mission.

Zweite Anekdote spielt in Berlin. Nicholas Kulish, ein Reporter der New York Times, schrieb am Montag in einem Artikel mit der Schlagzeile *Deutschlands Soldaten kämpfen alleine*: "Ich habe oft am Berliner Hauptbahnhof die einsame Gestalt eines deutschen Soldaten in Uniform gesehen. Niemand hielt an, um ihm für seinen Einsatz zu danken oder ihn zu fragen, ob er schon in Afghanistan war. In Kundus erzählt ein deutscher Soldat dem US-Reporter, dass er auf einer Zugreise nach Berlin auf einem Bahnhof von Mitreisenden angemacht wurde, er solle sich unsichtbar machen, sonst würde er verprügelt. "Das hat mich schockiert", sagt der Bundeswehrangehörige, "man schaut auf uns runter" ... der Wehrbeauftragte des Bundestags Reinhold Robbe hat in Florida, Texas und Washington beobachtet, dass in Bars wildfremde Leute den Soldaten ein Bier bezahlen.

Und jetzt noch ein Zitat vom Generalinspekteur der Bundeswehr Schneiderhan, in einem Portrait meines Senders, des SWR, über ihn. Schneiderhan über deutsche Soldaten in Afghanistan: "Opferlämmer wollen sie nicht sein, sie wollen sich auch verteidigen."

Drei Momentaufnahmen, die für sich sprechen und die man nicht kommentieren muss. Aber sie zeigen eines: es gibt unterschiedliche Facetten, Mosaiksteine, Verhaltens-

muster, aber auch Erwartungshaltungen und Einschätzungen. Der Einsatz von Soldaten erfolgt nicht nur in unterschiedlichen Kulturen, sondern führt auch zu Reaktionen und Widersprüchen, die nur schwer steuerbar sind. Vier von fünf deutschen Parteien im Bundestag unterstützen die Mission der Bundeswehr in Afghanistan politisch, doch die Mehrheit der Bevölkerung lehnt den Einsatz ab. Und die Widerstände werden zwangsläufig größer, wenn sich ein Ereignis wie im September mit einem Luftschlag auf zwei entführte Tanklaster in der Provinz Kundus wiederholen sollte, bei dem mindestens 130 Menschen ums Leben kamen. ... Spätestens jetzt ist auch dem letzten hierzulande klar, dass die Mission in Afghanistan eben kein "Bad Kundus" ist, wie der Spitzname für die Provinz noch am Anfang des Einsatzes hieß, sondern plötzlich auch in Deutschland eine Debatte über Kollateralschäden entstanden ist.

Es ist in der Tat Zeit, nachzudenken. Nicht nur welche Rolle die Bundeswehr spielt, spielen möchte oder spielen muss, sondern welche Aufgaben sie überhaupt erfüllen kann. Ob Anspruch und Wirklichkeit deckungsgleich sind, welche Herausforderungen sich aus einer sich ständig verändernden Welt mit gewaltigen machtttektonischen Verschiebungen ergeben, ob die Streitkräfte adäquat ausgerüstet sind, ob sie nur gefordert oder auch überfordert werden. Und was kann eine schrumpfende Armee mit schrumpfenden Ausbildungszeiten, schrumpfendem Budget und mit wachsenden Ansprüchen überhaupt noch leisten? Und: schicken wir die Streitkräfte in immer komplexere Konflikte nach dem Prinzip Wunschenken und ignorieren dabei die Realitäten?

Die Herausforderungen nehmen qualitativ und auch quantitativ zu. Ich nenne nur diese Schwerpunkte:

- 1) Einsätze im Rahmen von NATO und EU Missionen
- 2) Antiterrorkampf
- 3) Nationbuilding
- 4) Proliferationsgefahren
- 5) Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen
- 6) Cyber-Warfare (Informationskrieg)
- 7) Klimaveränderungen und die Folgen
- 8) Neue Gefahrentrends: zerfallende Staaten, Megacities, Wasserknappheit, Wanderbewegungen

Diesem hohen Anspruch stehen ernüchternde Fakten gegenüber:

- 1) Bei Einsätzen der Streitkräfte ist die Ausrüstung unbefriedigend, die Mängel reichen von fehlenden Schutzbrillen und Westen bis hin zu Hubschraubern, gepanzerten Fahrzeuge oder unbemannten Aufklärern. Das sind ernstzunehmende Fragen, kein Jammern auf hohem Niveau.
- 2) Bestimmte Rüstungsprogramme leiden seit Jahren unter erheblichen Problemen. Der Verweis auf den A400 M soll reichen. Das Projekt ist drei Jahre im Verzug, die Südafrikaner haben am 5. November ih-

ren Auftrag für acht Maschinen gestrichen, die Bundeswehr braucht diese Flugzeuge und bekommt sie nicht. Das Drama geht weiter.

- 3) Die Bundeswehr hat Strukturprobleme, man versucht sie, durch ständige Verbesserungsprozesse zu beseitigen. Doch das dauert, nächstes Problem:
- 4) Die Bundeswehr hat viele Probleme, aber zu wenig Problemlöser. Managementqualitäten an der Spitze sind gefragt, aber das reicht nicht. Die Streitkräfte sind zu kopflastig, die Entscheidungswege unübersichtlich, zu lang, zu kompliziert, zu bürokratisch.
- 5) Die Bundeswehr ist unterfinanziert, der Verteidigungshaushalt hat Dimensionen erreicht, die in keiner Relation zu der Diversifikation der Aufgaben und der Streitkräfte stehen. Im übrigen erfüllen wir unsere Verpflichtungen im Rahmen der NATO nicht.
- 6) Der Rückhalt der Bundeswehr in der Bevölkerung ist mangelhaft, man kann bestenfalls von "freundlichem Desinteresse" sprechen und das bei Auslandseinsätzen, die mittlerweile seit 15 Jahren über die Bühne gehen. Der politische Rückhalt ist bedingt gegeben, nur die Linkspartei lehnt Einsatz der Bundeswehr im Ausland ab, doch eine rückhaltlose politische Unterstützung der Streitkräfte gibt es nicht.
- 7) Vernetzte Sicherheit? Schönes Wort – gutes Konzept! Doch wie sieht die Realität aus? NATO-Vernetzung wird propagiert, aber: wir haben unterschiedliche Kommandostruktur, Munition, Kapazitäten, Hubschrauber, gepanzerte Fahrzeuge. Wie viele Helikopter oder Dingos einsatzfähig sind gehört zum Lackmustest der Realitäten.

Afghanistan ist die größte und schwierigste Mission der NATO und sie wird täglich gefährlicher. Deswegen will ich mich auf dieses Fallbeispiel fokussieren.

Acht Jahre nach dem Sturz der Taliban, acht Jahre Engagement und Kampfeinsatz am Hindukusch, nach acht Jahren Suche nach Lösungen ist eine politische, militärische und strategische Bestandsaufnahme überfällig. Nicht nur, weil in den USA neu nachgedacht wird. Erste Veränderungen bahnen sich an. Der neue Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg spricht von kriegsähnlichen Zuständen in Afghanistan. Er spricht nicht nur aus, was alle längst wissen, sondern beendet auch die Charade seines Vorgängers Jung, der gebetsmühlenhaft wiederholte, es gebe keinen Krieg. Ich habe den Minister bei einer Tagung im Zentrum Innere Führung gefragt, wie er diese Definition begründet. Antwort: Im Krieg werden keine Schulen und Krankenhäuser gebaut. Diese Aussage spricht für sich. Ich will sie nicht kommentieren. Nur so viel. Mit semantischen Ausflüchten kann man die Realität nicht ausblenden, vor allem bei denen nicht, die sie tagtäglich erleben. Doch semantische Ausflüchte, aus welchen Gründen auch immer, kosten Glaubwürdigkeit,

und Glaubwürdigkeit ist wichtiges Kapital, wenn man junge Menschen in Kriegsgebiete schickt.

Nun, die K-Frage ist mittlerweile geklärt, dem neuen Bundesverteidigungsminister sei Dank. Auch der Generalinspekteur weiß es schon länger, denn er antwortete im SWR auf die Frage: Führt man Krieg in Afghanistan? Zitat: ein Streit um Worte. Allerdings!!!

Der Kommandeur des Zentrums Innere Führung Brigadegeneral Alois Bach hat einmal den schlichten Satz geprägt: Soldaten fallen im Einsatz, das gehört zur Realität. Das ist die Realität!!!

Zum politischen Wunschdenken gehört dagegen die Diskussion, die ich vor vielen Jahren unter einer rot-grünen Regierung mit einem SPD-Verteidigungsexperten hatte. Ich stellte ihm die zugegeben provozierende Frage, wie lange er glaube, die politische Schönfärberei über die Lage in Afghanistan und vor allem die Linie durchhalten zu können, wonach der Auftrag der Bundeswehr "humanitärer Natur" und ziviler Aufbau sei. Was mich schon damals auf die Palme brachte, war nicht der berühmte Satz des damaligen Bundesverteidigungsministers Struck, dass deutsche Sicherheitsinteressen am Hindukush verteidigt werden, dieser Satz war und ist durchaus richtig, wenn auch politisch umstritten, sondern das inszenierte Bild von Streitkräften als "THW in Uniform" auf hochriskanten Missionen unterwegs. Ohne die erheblichen Gefahren realisieren zu wollen oder sie in einer Art Stealth-Taktik möglichst unter dem Teppich zu halten. Tausende deutscher Soldaten riskieren ihr Leben für unser Land, in Afghanistan, im Kosovo, am Horn von Afrika, OEF, ISAF, UNIFIL, Atalanta und es gibt Opfer, der Stand bis 4.11.09 beläuft sich auf 82 Tote, davon 24 bei KFOR im Kosovo und 36 Todesopfer beim ISAF Einsatz in Afghanistan ... (Total: 1440 Tote aus 26 Staaten, mehr als 700 US-Soldaten) (Pakistan 14000 Tote seit 2008 durch Taliban Attacken) und vergessen wir nicht die Verwundeten!!! Oder jene, die mit posttraumatischen Belastungsstörungen zurückkehren, deren Zahl ist nach Angaben des Verteidigungsausschusses des deutschen Bundestags im ersten Halbjahr 09 um 35% auf 163 Fälle gestiegen. Von Anfang an wurde der Einsatz aber als humanitäre Mission ausgegeben, durch einen taktischen Winkelzug, der die eigenen Wunschvorstellungen zum Primat erhob, aber zu Realitätsverlust führte.

Der Winkelzug war die Doppelstrategie und Teilung des Afghanistan-Einsatzes in zwei Mandate, OEF und ISAF, bei OEF wurde gekämpft. ISAF galt als eher ruhige Aufbaumission, die Bundeswehrsoldaten als Schutztruppe im stabilen Norden, der Name spricht für sich: ISAF steht bekanntlich für "International Security Assistance Force".

Diese Zerteilung und Fokussierung auf ISAF, von der Politik gewollt, führte u.a. dazu, dass in den deutschen Medien über OEF Missionen nur am Rande berichtet und schließlich so getan wurde, als wären deutsche Soldaten an OEF-Operationen gar nicht beteiligt. Das Gegenteil ist

der Fall, KSK-Kommando-Spezialkräfte waren und sind im OEF-Einsatz, aber immer geheim, das geht soweit, dass die Bundesregierung nicht einmal bestätigen will, dass oder wann KSK-Einheiten unterwegs sind. Diese Geheimniskrämerei kann man mit sicherheitsrelevanten Gründen rechtfertigen, muss man aber nicht. Briten und Amerikaner geben auch keine Koordinaten ihrer Einheiten heraus, verheimlichen aber keineswegs den Einsatz von SAS-Special Forces oder Delta Force...

Neben KSK kamen übrigens auch deutsche Fernmelder im umkämpften Süden des Landes zum Einsatz. Diese Doppelstrategie OEF und ISAF erfolgte aus politischen Gründen, die nachvollziehbar sind, aber sie hatte Folgen und führte zu exotischen Debatten:

- 1) Die Bundeswehr durfte und darf nur unter spezifischen Caveats eingreifen ... (eine politische Zwangsjacke).
- 2) Der Einsatz im Süden wurde mehrfach angeregt, diskutiert und immer wieder verworfen, das führte zu dem Eindruck, die Deutschen scheuten die Gefahr oder überließen die Drecksarbeit den anderen NATO-Partnern.
- 3) Der AWACS-Einsatz wurde diese Woche nicht verlängert, weil es ihn gar nicht gab. Man hatte keine Überfluggenehmigungen erhalten. Also eine Phantomdebatte.
- 4) Ein bizarrer Streit entstand, ob deutsche Tornados mit Spezialkameras ihre Aufnahmen den Amerikanern zur Verfügung stellen dürfen oder dies unterbunden werden müsse, weil ja das Material für Luftangriffe verwendet werden könnte, ein Verstoß gegen die ISAF-Mission?
- 5) Die Grenzen zwischen OEF und ISAF wurden verwischt. OEF soll Terroristen bekämpfen, ISAF beim Aufbau helfen und gegen Aufständische (Taliban) vorgehen. Die Trennung von OEF und ISAF konnte aber von Anfang an nicht aufgehen, weil sich der Gegner nicht an diese Logik hält und das mit Absicht. Beweis: Entwicklung in Kundus.
- 6) Auch bei der afghanischen Bevölkerung ist nicht mehr vermittelbar, wenn es zu zivilen Opfern kommt, ob OEF- oder ISAF-Truppen dafür verantwortlich sind.
- 7) Im Bundestag behaupteten mehrere Parlamentarier, die hohen Opferzahlen im Süden und Osten des Landes auf beiden Seiten seien durch die falsche, sprich zu aggressive OEF-Strategie zu erklären. Würden Amerikaner und alle anderen NATO-Partner die ISAF-Strategie des zivilen Aufbaus verfolgen, wären die Probleme geringer. Der Luftangriff mit mindestens 135 Toten bei Kundus, angefordert von Oberst Georg Klein vor wenigen Wochen, hat dieser Legende ein Ende bereitet.
- 8) Wenn sie sich die Zahl deutscher Soldaten seit 2001 anschauen, stellen sie leicht fest, dass sie ständig, ja schleichend erhöht wurde. Doch die Fortschritte

beim zivilen Aufbau sind mager. Hinzu kommen gravierende Defizite bei der Polizeiausbildung.

- 9) Offenbar sind beim Afghanistan-Einsatz die Mängel und Defizite bei der Truppe unterschätzt worden. Nach einem internen Bericht von Brigadegeneral Jörg Vollmer gibt es schwere Mängel bei Stärke, Ausrüstung und Ausbildung, die das Einsatzziel in Afghanistan gefährden. Das deutsche Kontingent braucht mehr gepanzerte Fahrzeuge und Kampfhubschrauber.
- 10) Der Luftangriff am 4. September warf weitere gravierende Fragen auf: Sind deutsche Soldaten ohne Rechtssicherheit auf Auslandsmissionen? Was geschieht, wenn Fehler passieren? Müssen deutsche Soldaten alleine fertig werden mit dpa-Schlagzeilen vom 6. November als ein dpa-Korrespondent formulierte: Ein Bundeswehroberst als Kriegsverbrecher? Warum gibt es keine zentrale Gerichtsbarkeit für Soldaten? Haben die Soldaten kein Recht, Richter und Staatsanwälte mit Spezialwissen zu verlangen? Es braucht Antworten !!!

Damit sind wir bei der aktuellen Lage-Einschätzung: Die militärische Situation eskaliert, in Afghanistan und Pakistan.

Die beinahe täglichen Terroranschläge beweisen, dass nicht nur der Westen, sondern auch die Taliban eine Afpak-Strategie verfolgen. In Pakistan haben die Taliban spektakuläre Attacken lanciert, u.a. ein Angriff auf das militärische Hauptquartier der pakistanischen Armee in Peshawar und die Zentrale des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Das ist starker Tobak und zeigt die Dimension der Gefahr. Anfang September wurde bei einem Selbstmordattentat in der afghanischen Provinz Laghman der stellvertretende Geheimdienstchef Abdullah Laghmani mit 22 anderen Personen getötet. Der ISAF Oberkommandierende General Stanley McChrystal hat in einem 66 Seiten starken Bericht im September gewarnt, dass in Afghanistan eine Niederlage droht, wenn es keine Truppenaufstockung gibt.

Kundus, einst eine eher friedliche Region, ist Gefahrenzone und Kampfzone. Dass jetzt Bundesverteidigungsminister zu Guttenberg die deutschen Soldaten um 120 Mann aufstockt ist ein klares Signal, dass die Lage nicht besser, sondern eher schlechter wird. Der Chef des deutschen Think Tanks Stiftung Wissenschaft und Politik Prof. Volker Perthes nennt die Debatte um Truppenaufstockung einen klaren Beweis, dass die Lage in Afghanistan "dramatisch" ist, er hält auch weitere Ressourcen für unabdingbar. Mehr Soldaten und mehr ziviler Aufbau. Umso erstaunlicher ist es, dass hierzulande in den Medien keine echte fundierte sachliche Bilanz oder Debatte stattfindet, wie man sich künftig besser aufstellen könnte. Und die Bundesregierung will erst die Afghanistan-Konferenz Anfang nächsten Jahres abwarten, ehe man sich positioniert. Und die Entscheidung der USA. Also werfen wir einen Blick über den Atlantik.

Dort ist die Regierung Obama mitten in einer Überprüfung der eigenen Strategie. Und die Meinungen prallen voll aufeinander. Der Oberkommandierende General McChrystal fordert bis zu 40 000 Mann als Verstärkung, US-Vizepräsident Joe Biden hat sich für eine Drohnen-Strategie ausgesprochen, also Aufgabe der bisherigen Strategie, Abzug der meisten Truppen und eine Art ferngesteuerter Anti-Terrorjagd mit gezielten Luftschlägen, um Top-Terroristen auszuschalten.

Eine dritte Option geht nach einem Bericht der International Herald Tribune vom 29.10.09 davon aus, nur noch die zehn größten Städte, bzw. bevölkerungsreichsten Regionen sowie strategisch wichtige Verbindungen wie Highways oder das Helmand River Valley zu schützen, dafür andere Positionen komplett zu räumen. Weitere Elemente sind eine beschleunigte Ausbildung afghanischer Einheiten, mehr Wirtschaftshilfe und Sondierungen mit bestimmten Taliban-Gruppierungen.

Die Befürworter einer Präsenz in Afghanistan samt Truppenverstärkung führen diese Argumente ins Feld:

- 1) Es braucht Zeit, Afghanistan ins 21. Jahrhundert zu führen und die afghanischen Sicherheitskräfte auszubilden.
- 2) Ein Abzug würde den Taliban und al Kaida neue Rückzugsgebiete für künftige Terroranschläge eröffnen.
- 3) Eine erneute Talibanisierung des Landes würde zu einer weiteren Destabilisierung anderer Nachbarstaaten wie Pakistan führen.
- 4) Veränderte Strategie muss darauf abzielen, die Bevölkerung zu schützen, die Infrastruktur des Landes zu stärken, Kollateralschäden zu vermeiden und moderate Kräfte zu stärken.
- 5) Die Afghanen jetzt im Stich zu lassen hätte verheerende psychologische Wirkung und bedeutet enormen Verlust der Glaubwürdigkeit der NATO.

Kritiker wie der US-Botschafter in Kabul Karl Eikenberry warnen US-Präsident Obama vor weiterer Truppenaufstockung, statt dessen solle man abwarten, ob Präsident Karzai Fortschritte im Kampf gegen Korruption und Missmanagement erzielt.

Auch der New York Times Kolumnist Thomas Friedman ist gegen mehr Soldaten, Begründung: wir haben einfach nicht die notwendigen afghanischen Partner, die NATO-Alliierten, die innenpolitische Unterstützung, die Finanzressourcen oder ein nationales Sicherheitsinteresse für eine anhaltende Politik des Nationenaufbaus in Afghanistan für die nächsten 20 Jahre. Friedman geht soweit, eine Verringerung der Truppen zu verlangen, auch wenn die Taliban dies als gewaltigen Sieg feiern würden.

Friedman glaubt, dass anschließend die verschiedenen Gruppen sich gegenseitig bekämpfen, die pakistanische Armee dann erst recht die Taliban ins Visier nimmt und die Warlords sich das Land aufteilen werden. Bin Laden

könne man dann per Drohne eliminieren. Und was hätte Amerika davon? Es würde nicht militärisch und finanziell ausbluten und nicht weiter politisch geschwächt. Das wäre eine Exitstrategie, die allerdings auch die psychologische Wirkung eines Abzugs verantworten müsste, die Wirkung, dass die Taliban und al Kaida den Sieg über den Westen als erstklassiges Propagandamaterial für die Rekrutierung neuer Kämpfer und Selbstmordattentäter nutzen würden – auch für weitere Angriffe gegen den Atomstaat Pakistan.

Der renommierte President Emeritus des Council on Foreign Relations Leslie Gelb plädierte soeben in einem Artikel im "Time"-Magazin für "mehr Realismus" und "Phantasien aufzugeben". Eine stabile Nation in Afghanistan aufzubauen ist eine Phantasie, sagt Gelb, und schlägt vier Punkte vor:

- 1) Keine Versuche, das Unmögliche zu erzwingen, eine effektive Regierung und mehr Sicherheitskräfte ist machbar, aber nicht die Ausrottung von Korruption oder Ineffizienz.
- 2) Die Taliban zu spalten, mit gewissen Gruppen zu kooperieren, aber die Fanatiker entschieden bekämpfen.
- 3) Wenn Verstärkung, dann 10 000 Mann, davon 5000 Ausbilder.
- 4) Strategiewechsel: Containment und Deterrence, also Abschreckung und Eingrenzung, eine kleine Spezialtruppe im Land belassen, mit Raketenangriffen Bestrafungsaktionen lancieren und auf Allianzen mit Pakistan, Indien, China, Russland und sogar Iran setzen.
- 5) Gelb spricht sich explizit gegen ein Counterinsurgency-Strategie aus, die er Treibsand nennt.

Ich will das alles nicht bewerten. Aber ich darf ihnen berichten, dass sich diese Einschätzungen wesentlich mit denen unserer Nachrichtendienste decken. Wofür sich US-Präsident Obama entscheiden wird, wissen sie bald selbst. Nach einem Bericht des Wall Street Journal vom Donnerstag läuft die Entscheidung darauf hinaus, eine Exitstrategie zu suchen, weil es nicht möglich ist, ohne eine solche Exit Strategie zehntausende Soldaten zusätzlich an den Hindukusch zu schicken. Dabei soll das Pentagon "Key milestones" identifizieren, die es den Militärs ermöglichen, Truppen abzubauen, also eine Art Gleitpfad, um Richtung und Zeitrahmen für bestimmte Ziele abschätzen zu können.

Ich wünsche nur, wir hätten diese Debatte bei uns, nicht nur bei Spezialisten in Hinterzimmern. Denn Auslandseinsätze brauchen nicht nur den Segen des Parlaments, sondern auch die Unterstützung in der Bevölkerung, zumindest langfristig. Die Bundesregierung könnte eine eigene Strategie formulieren und debattieren, um sie dann innerhalb der NATO abzustimmen.

So warten wir ab, spielen erstmal wieder auf Zeit, Zeit, die uns zwischen den Fingern zerrinnt. Derweil schläft der Gegner nicht ein ... und:

je länger der Einsatz und je höher die Opferzahlen, umso eher kämpfen wir mit einem zusätzlichen Problem:

dass uns die Einheimischen als Besatzer und nicht als Befreier wahrnehmen ...

Komme zum Schluss: Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist von außen- und sicherheitspolitischen Themen fast nichts erwähnt, die FDP trumpfte mit der Forderung auf, die letzten US-Atomwaffen von deutschem Territorium zu entfernen. Ist das wirklich ein zentrales Thema?



Mitnotiert und nachgefragt: Oberstlt a.D. Dr. Waldis Greiselis von der RK Ubstadt

Ich glaube, es ist kein Zufall, dass außen- und sicherheitspolitische Themen so wenig Widerhall und Interesse finden, können sie zehn etablierte und renommierte deutsche Außenpolitiker im Bundestag nennen??? Wie ist das Misstrauen selbst der Kanzlerin gegenüber wichtigen Institutionen wie dem BND zu erklären, wieso schicken wir kein Spitzenpersonal zur NATO oder EU, wann hatten wir den letzten deutschen NATO-Generalsekretär??? Ja, es hat eine Friedensdividende seit 1945 gegeben. Und nach dem Fall der Mauer eine zweite. Ja, es ist gut, dass wir eine "Parlamentsarmee" haben, dass nicht jeder sofort Hurra schreit, wenn es um Auslandseinsätze geht. Aber die Debatte um "soft power", ein verkramptes Verhältnis zu den eigenen Streitkräften und ein politischer Pazifist

mus haben dazu geführt, dass Soldaten, eine Armee und ihre Aufgaben per se "verdächtig" erscheinen, Sicherheit in der Spaßgesellschaft als Randthema behandelt wird, und die Solidarität mit denen, die ihren Kopf hinhalten, verschwunden ist. Das ist niederschmetternd.

Ein letztes Wort zu Afghanistan. Die Geschichte des Landes als "Friedhof für Imperien" sollte uns Warnung sein. Darauf hat General David Petraeus, Chef des US Central Command schon auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar dieses Jahres hingewiesen. Er sprach auch von der größten Herausforderung. Es gibt keine einfachen Lösungen, und optimale schon gar nicht. Ein Land, das für seine fragmentierte Stammesstrukturen berüchtigt ist, für das Fehlen einer glaubhaften zen-

tralen Autorität, für endemische Korruption, massiven Drogenanbau, Warlords und wechselnde gekaufte Loyalitäten, aber auch für einen unbändigen Stolz und Unabhängigkeit, das ist kein Platz für westliches Wunschdenken oder Phantomdebatten über Demokratie oder "Nation Building". Zu dieser komplizierten Matrix gesellen sich eine verheerende Präsidentenwahl, die den Amtsinhaber Glaubwürdigkeit und Legitimität "en gros" gekostet hat und die mangelnde Unterstützung so mancher Alliierten. Auch in Afghanistan ist eine politische Lösung erforderlich, sie ist extrem schwierig, hängt von mehr Spielern ab als uns lieb sein kann und doch müssen wir es versuchen.

Ich danke Ihnen.



Gruppenfoto zur Erinnerung (v.l.): der Landesvorsitzende Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer, der Stellvertretende Landesvorsitzende Hptm d.R. Jörg Hildenbrand, der Präsident vom Bund Deutscher Fallschirmjäger Generalmajor a.D. Georg Bernhardt und Hans-Joachim Oehler



"Kleine Bodenseeanrainerkonferenz": Oberst Prof. Erwin Ritter von Fitz aus Bregenz und der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende StFw d.R. Hans-Jürgen Blümlein aus Tettngang



Brigadegeneral Jeffery E. Marshall bedankt sich bei Major d.R. Alexander Freiherr von Brandis für seine Unterstützung; Brandis hatte die PowerPoint-Vorlagen übersetzt und stand bei der Fragerunde als Übersetzer - unbeschäftigt - bereit, man blieb bei Englisch



Als Vertreter einer nichtmilitärischen Hilfsorganisation nahm Rainer Gebauer (r.) von Kinderberg International am Kongress teil (<http://www.kinderberg.org/>); hier im Gespräch mit Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp und seiner Frau Gisela

Politische Entscheidungen 2009 - neue Herausforderungen



Sehr geehrter Herr General Kopp, Herr Landesvorsitzender Bodamer, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Programm bin ich noch als der Präsident des VdRBw angekündigt, inzwischen bin ich "Past-Präsident." Nach meiner Wahl zum Verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag habe ich mein Amt an der Spitze eines Verbandes, der der parteipolitischen Neutralität in besonderer Weise verpflichtet ist, zur Verfügung gestellt. Dies ändert nichts an meinem Engagement für die Streitkräfte im Allgemeinen und die Reservisten im Besonderen.

Ich werde im Folgenden auf wichtige Entwicklungen der letzten Legislaturperiode zurückblicken, aber auch die aktuellen Herausforderungen für die Bundeswehr aus der Sicht meiner Fraktion skizzieren.

Aus den veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen nach den Anschlägen vom 11. September

2001 erwuchs die politische Notwendigkeit, die Bundeswehr konzeptionell auf ein neues Fundament zu stellen. Mit dem im Oktober 2006 vom Kabinett verabschiedeten Weißbuch ist es in der letzten Legislaturperiode gelungen, das dazu erforderliche und seit Jahren überfällige sicherheitspolitische Grundlagendokument zu verabschieden. In diesem Dokument wurde für die Deutsche Außen- und Sicherheitspolitik der Begriff der vernetzten Sicherheit etabliert, der inzwischen auch für die Einsätze unter NATO-Führung Gültigkeit hat. Das Weißbuch ist damit zum Referenzwerk der Bundeswehr im neuen sicherheitspolitischen Umfeld geworden.

Bei der Verbesserung der sozialen Situation der Soldatinnen und Soldaten konnten wir deutliche Fortschritte erzielen. Das Dienstrechtsneuordnungsgesetz, die Erhöhung des Wehrsolds und das Einsatz-Weiterverwendungs-Gesetz sind nur einige Beispiele für die umfangreichen Verbesserungen, die den Angehörigen der Bundeswehr zugute kommen. Wir tragen damit der hohen Verantwortung und persönlichen Opfer Rechnung, die den Angehörigen der Bundeswehr in ihrem selbstlosen Dienst für unser Land abverlangt werden.

Der finanziellen Unterversorgung der Bundeswehr konnte erfolgreich entgegengewirkt werden. Uns gelang, den Plafond des Haushalts auf inzwischen 31,1 Mrd. € zu erhöhen. Die Bundeswehr benötigt dringend zusätzliche Finanzmittel, um moderne Ausrüstung und Waffensysteme für die aktuellen und künftigen Einsätze zu beschaffen, aber auch um als Arbeitgeber attraktiv zu bleiben. Besonders im Bereich geschützter Transportraum konnten erhebliche Verbesserungen erreicht werden. Es ist heute im Auslandseinsatz selbstverständlich, dass unsere Soldatinnen und Soldaten mit geschützten Fahrzeugen ihre Aufträge durchführen. Dies war leider nicht immer so.

Alle diese wichtigen Erfolge gilt es als Basis zu nutzen, um die Bundeswehr noch konsequenter auf die Erfordernisse der Zukunft auszurichten. Mit der bürgerlichen Koalition können wir nun auf eine Mehrheit bauen, die den Bedürfnissen der Streitkräfte sehr viel mehr entgegenkommt als die vorherige Konstellation. Viele Kompromisse, die der politischen Realität der vergangenen Legislaturperiode geschuldet waren, werden jetzt auf den

Ernst-Reinhard Beck ist Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises 290 (Reutlingen) und Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag.

Nach dem Abitur 1965 am Humanistischen Gymnasium in Sigmaringen leistete Beck seinen Wehrdienst bei der 1. Gebirgsdivision ab. 1967 bis 1971 Studium der Geschichte, Germanistik und Politik in Tübingen (Examen im Fach Wissenschaftliche Politik bei Prof. Theodor Eschenburg, Examina in Geschichte und Germanistik); 1972 Zweites Staatsexamen für das höhere Lehramt an Gymnasien. 1973 bis 1982 Friedrich-Schiller-Gymnasium Pfullingen. Mitbegründer und Mitglied der Redaktion von "Politik und Unterricht", herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung seit 1975. 1980 bis 1992 Schöffe am Landgericht Tübingen. Gründer und Ehrenvorsitzender des Geschichtsvereins Pfullingen e. V. seit 1978. 1982 bis 2002 Direktor des Friedrich-List-Gymnasiums Reutlingen. 2002 zum Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises 290 (Reutlingen) gewählt, Wiederwahl 2005.

Als Reserveoffizier in verschiedenen militärischen Verwendungen, u. a. als Bataillonskommandeur und Abteilungsleiter der Generalstabsabteilung 3 des II. Deutsch-Amerikanischen Korps; seit 1996 Oberst der Reserve.

2003 wählte die Bundesdelegiertenversammlung des Reservistenverbandes in Ulm Ernst-Reinhard Beck zum Präsidenten, 2007 wurde er in Kassel wiedergewählt. 2009 stellte er dieses Amt zur Verfügung, nachdem er der Verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion wurde.

Prüfstand kommen. Wir wollen nicht alles neu erfinden, aber es kommt nun darauf an, die Bundeswehr im Rahmen der Transformation im wahrsten Sinne des Wortes vom Kopf auf die Füße zu stellen. Weniger Häuptlinge und mehr Indianer brauchen wir für den Einsatz - mehr Truppe und weniger Etappe könnte man noch etwas akzentuierter sagen.

Deshalb gilt es rasch die Vereinbarungen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Mit der Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Bundeswehrangehörige soll keine Sondergerichtsbarkeit für das Militär geschaffen werden. Vielmehr wird der Einsatzrealität der Bundeswehr dadurch auch juristische Rechnung getragen. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir keine langen Ermittlungsverfahren haben wollen, weil sich Staatsanwälte erst mühsam in die Verhältnisse am Einsatzort einarbeiten müssen. Auch hier wird eine Professionalisierung wohltuend sein.

Hinsichtlich des Luftschlages vom 4. September in der Nähe von Kunduz bin ich zuversichtlich, dass die Bundesstaatsanwaltschaft zu einer treffenden Bewertung der Vorgänge gelangt. Bundesminister zu Guttenberg hat mit seiner unaufgeregten Einschätzung, dass es zum Teil kriegsähnliche Zustände in Afghanistan gibt, die Diskussion wohltuend versachlicht und in die richtige Richtung gelenkt.

Letztendlich müssen wir uns ernsthaft Gedanken darüber machen, ob die Lage in Afghanistan nicht mit einem bewaffneten internationalen Konflikt, ungeachtet juristischer Spitzfindigkeiten, gleichzusetzen ist. Klare Verhältnisse brauchen eine klare Sprache. Beschönigungen der realen Lebensumstände vor Ort machen uns nur ungläubwürdig. Wer bei jeder Patrouillenfahrt beschossen wird, hat zu Recht wenig Verständnis dafür, wenn sein Einsatz in der Heimat beharrlich unter dem Aspekt des Strafgesetzbuches betrachtet wird.

Afghanistan wird die größte Herausforderung für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den nächsten Jahren bleiben. Mit dem Erfolg in Afghanistan steht und fällt aber auch die Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit nicht nur der NATO. Ein unkoordinierter Rückzug hätte fatale Signalwirkung für den islamistisch motivierten Terrorismus. Unsere Streitkräfte müssen die bereits erzielten Fortschritte festigen, denn es gibt sie. Das Land muss insgesamt stabilisiert und befriedet werden. Denn ohne Sicherheit wird es keinen Wiederaufbau geben.

Schritt für Schritt wollen wir die Verantwortung den afghanischen Behörden und Sicherheitskräften übertragen. Bei der Ausbildung der afghanischen Armee sind wir auf einem guten Weg. Im Bereich der Polizeiausbildung dagegen besteht erheblicher Nachsteuerungsbedarf. Ziel muss es sein, bis zum Ende der Legislaturperiode die Voraussetzungen für einen kontrollierten Abzug aus Afghanistan zu schaffen. Dabei kann es unter Umständen Sinn machen, zunächst größere Anstrengungen zu unternehmen, um schneller zum Erfolg zu kommen.

Der im ersten Halbjahr 2010 stattfindenden Afghanistankonferenz kommt hierbei große Bedeutung zu. Hier

werden wir zusammen mit der Weltgemeinschaft die Weichen für die weitere Zukunft des Landes stellen. Deutschland ist gewillt, seinen Teil zu dieser wichtigen Aufgabe beizutragen. Wir werden uns aber auch klar an die Adresse der afghanischen Regierung wenden. Sie muss mehr als bisher für die Menschen tun. Kampf gegen Korruption, Vetternwirtschaft und Drogenbekämpfung sind Aufgaben der afghanischen Regierung und nicht der Bundeswehr. Der Antrieb für ein stabiles und friedliches Afghanistan muss aus der Bevölkerung selbst kommen. Die Regierung Karsai muss alles dafür tun, damit sie das nötige Vertrauen bekommt.

Die Kommunikation des Afghanistaneinsatzes ist entscheidend für die Unterstützung des Einsatzes in Deutschland. Wir müssen es schaffen, dass die Botschaft, warum wir uns in Afghanistan engagieren, in der Heimat auch ankommt. Nur wenn die Menschen in Deutschland wissen, dass wir in Afghanistan sind, damit sie hier sicherer leben können, sorgen wir für Akzeptanz. Die Geschichte hat gezeigt, dass Einsätze, welche die Zustimmung in der Heimat verloren haben, zum Scheitern verurteilt sind. Das darf uns in Afghanistan nicht passieren.

Die Forderungen unserer Männer und Frauen in Nordafghanistan nach schweren Waffen wie Leopard 2 und Panzerhaubitze 2000 sollten ernsthaft geprüft werden. Die Erfahrungen unserer Verbündeten mit diesem Gerät sind durchweg positiv. Die Taliban wagen es kaum, Feldlager zu beschließen, wenn dort eine Panzerhaubitze stationiert ist. Sie wissen um die Leistungsfähigkeit dieses Systems. Wenn es unserem Einsatz und der Sicherheit vor Ort nützt, darf dies nicht mehr als Tabuthema für den deutschen Verantwortungsbereich betrachtet werden.

Im Januar, so hat Minister zu Guttenberg entschieden, wird nicht nur die Infanteriekomponente in Kunduz vergrößert, sondern die Fallschirmjäger zusätzlich durch einen Zug Panzergrenadiere mit Marder verstärkt. Der Einsatz der vier bisher in Afghanistan verwendeten Marder hat der Truppe vor Ort einen deutlichen Zugewinn an Sicherheit und Entlastung gebracht. Von den neuen Kräften versprechen wir uns nun einen flächendeckenden Erfolg. Insgesamt muss sich für die Bewältigung von Auslandseinsätzen die Erkenntnis durchsetzen, dass sich nicht die Realität an die Konzepte anzupassen hat, sondern Konzepte sich an der Realität ausrichten müssen.

Noch bestehende einsatzrelevante Fähigkeitslücken in den deutschen Streitkräften müssen darum rasch geschlossen werden. Der strategische Lufttransport ist noch immer unsere Achillesferse. Mit dem Festhalten am Projekt A400M haben wir dem Unternehmen Airbus einen großen Vertrauensvorschuss gewährt, den wir in den nächsten Jahren einfordern werden. Eine weitere Verzögerung oder Kostenexplosion werden wir jedenfalls nicht hinnehmen.

Auch das maritime Standbein der Bundeswehr muss weiter gestärkt werden. Mit dem Einsatz am Horn von Afrika vertreten wir vitale deutsche Interessen am ungehinderten, weltweiten freien Handel. Dieses Interesse auch

robust vertreten zu können, gehört konsequenterweise dazu. Dazu benötigen wir moderne und schlagkräftige Marineeinheiten. Diese werden in der neuen Legislaturperiode weiter zulaufen. In diesem Bereich muss jedoch kritisch überprüft werden, ob die Struktur der Marine noch den gewachsenen Forderungen und der gestiegenen Anzahl an maritimen Einsätzen angemessen ist. Eine Anpassung scheint mir auf den ersten Blick jedenfalls angeraten.

Der Einsatz von Land- und Seestreitkräften bedarf auch zukünftig der Unterstützung durch effiziente Luftstreitkräfte. Wir brauchen eine leistungsfähige, an den Einsatzrealitäten ausgerichtete Luftwaffe mit herausragenden Aufklärungs- und Wirkmitteln. Darum ist das Festhalten am Eurofighter essentiell für die Bundeswehr. Erst vor wenigen Wochen konnte die Luftwaffe im Rahmen ihres Unterstützungseinsatzes für die baltischen Staaten erfolgreich mit Eurofightern mehrere russische Militärmaschinen aus dem lettischen Luftraum herausdrängen. Die glaubhafte Landes- und Bündnisverteidigung ist immer noch Einsatzrealität unserer Bundeswehr.

Das ist der Grund, warum wir von der CDU/CSU-Fraktion die Wehrpflicht nicht auf dem Koalitionsaltar geopfert haben. Für uns gilt unverändert: die Wehrpflicht ist die beste Wehrform für Deutschland. Ihr Wert für die Integration der Bundeswehr in den demokratischen Staat ist unbestritten. Die immer wichtiger werdenden Aufgaben im Katastrophenschutz sind ohne unsere Reservisten nicht mehr denkbar. Die Erfahrung verbündeter Staaten zeigt zudem, dass sich die Abschaffung der Wehrpflicht nicht positiv ausgewirkt hat. Die erhofften Kosteneinsparungen blieben aus. Hinzu kamen massive Probleme geeigneten Nachwuchses zu generieren. Deshalb war es richtig, diese Kernforderung der CDU/CSU im Koalitionsvertrag durchzusetzen.

Den Unkenrufen, die verkürzte Wehrpflicht sei nur eine Art Praktikum, möchte ich entschieden entgegentreten. Auch in sechs Monaten ist es möglich, Soldaten gut auszubilden.

Die Grundfertigkeiten des Soldatenhandwerks können ohne Einschränkung in einem halben Jahr erlernt werden. Die unmittelbaren Vorgesetzten vor Ort stehen in der Verantwortung, die Zeit, in der diese jungen Männer ihnen anvertraut sind, sinnvoll zu gestalten. Hier erwarten wir von der militärischen Führung in nächster Zeit tragfähige Konzepte. Insofern bietet der Kompromiss zum Wehrdienst auch eine gute Chance zur Optimierung.

Auch bei anderen Strukturfragen muss der Transformationsprozess konsequent fortgesetzt werden. Insbesondere der Afghanistaneinsatz hat eines ganz deutlich gemacht: Das Heer ist dort der Hauptträger des Einsatzes, doch fehlt es ihm an ausreichend verfügbaren infantenrischen Kräften. Die aktuelle Struktur, die den quantitativen Schwerpunkt auf Kampfunterstützungs- und Führungsunterstützungsverbände legt, muss in diesem Lichte ernsthaft hinterfragt werden.

Die umfangreichen Strukturen im Bereich von Kommandos und Ämtern gehören ebenfalls auf den Prüfstand. Die heutige Bundeswehr im Einsatz braucht schlankere Strukturen, um effizient handeln zu können. Auf die im Koalitionsvertrag beschlossene Kommission zur Struktur der Bundeswehr kommen schwierige Aufgaben zu. Wir erwarten mutige Ergebnisse auf dem Weg zu einer Armee, die ausschließlich teilstreitkraftübergreifend agieren sollte.

Und ich erwarte auch deutliche Verbesserungen im Bereich der Reservistenarbeit der Bundeswehr. Wir alle wissen, dass Reservisten einen entscheidenden Beitrag zum Erfolg der Bundeswehr im Auslandseinsatz, aber auch zum Funktionieren in der Heimat leisten. Die neu geordnete Zivil-Militärische Zusammenarbeit funktioniert in weiten Bereichen auf akzeptablem Niveau. Jedoch mache ich keinen Hehl daraus, dass hier noch Raum für Verbesserungen ist. Wir sollten die Chancen dieser Koalition nutzen und die Reservisten das machen lassen, wozu sie ausgebildet wurden: Schutz der Heimat! In diesem Bereich sollte die Streitkräftebasis eine Aufgabe und Herausforderung erkennen, der sie sich mit Verve annimmt. Die Strukturen müssen lebensfähig gemacht und von der Führung unterstützt werden. Warum sollen unsere Reservisten und Grundwehrdienstleistenden denn nicht für den Heimatschutz zuständig sein? Dieses Modell bewährt sich doch in vielen anderen Ländern auf hervorragende Weise. Ich jedenfalls werde mich in meiner neuen Aufgabe als Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU Fraktion entschieden in diese Richtung engagieren!

Unbenommen muss der Großteil unserer Aufmerksamkeit den Soldatinnen und Soldaten im Einsatz gelten. Für die laufenden Einsätze gilt unverändert: Bestmöglicher Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten bleibt die größte Verantwortung für uns Parlamentarier. Wenn unsere Soldaten und Soldatinnen weltweit für deutsche Interessen eintreten, verdienen sie die bestmögliche Ausrüstung. Mit diesem Anspruch treten wir auch der wehrtechnischen Industrie gegenüber auf. Innovative und schnell realisierbare Lösungen stehen dabei im Vordergrund. Der Patrouillenführer in Kunduz kann nicht warten, bis die "Goldrandlösung" verfügbar ist.

Die CDU/CSU bekennt sich ausdrücklich zur deutschen wehrtechnischen Industrie. Sie bildet einen wichtigen Pfeiler im Hochtechnologiestandort Deutschland. Sie ist zudem untrennbarer Teil unserer industriellen Landschaft und sorgt für eine Vielzahl qualifizierter Arbeitsplätze. Gerade für Deutschland als Exportnation und Anbieter von hochwertigen industriellen Gütern ist es entscheidend, diese Basis zu erhalten und zu fördern. Das tun wir auch in Zukunft.

Die Bundeswehr hat zu Recht den Anspruch, eine der modernsten Streitkräfte der Welt zu sein. Diesen Anspruch müssen wir mit leistungsfähigem Gerät, aber auch mit finanziellen Mitteln unterfüttern. Der Verteidigungshaushalt muss in den nächsten Jahren diesen Realitäten

Rechnung tragen. Trotz Mehrausgaben und Steuerausfällen aufgrund der Wirtschaftskrise ist es geboten, den Plafond des Einzelplans 14 aus dem Fokus zu nehmen, wenn über Kürzungen debattiert wird. Dass dies nicht einfach werden wird, ist mir klar. Aber unsere Botschaft ist klar: An Deutschlands Sicherheit darf nicht gespart werden.

Auslandseinsätze, die auf einem guten Weg sind, müssen zügig und verantwortungsvoll zum Abschluss gebracht werden. Auf dem Balkan sind in naher Zukunft die Voraussetzungen für ein Ende des Engagements zu schaffen. Die Sicherheitslage lässt das unseres Erachtens zu. Aufgabe der Bundeswehr kann es nicht sein, aus wirtschaftlichen Gründen vor Ort zu bleiben. Die dadurch erzeugten künstlichen Abhängigkeiten konterkarieren den Aufbau nachhaltiger wirtschaftlicher Strukturen. Die Entscheidung, ob Streitkräfte nötig sind, hat sich ausschließlich an sicherheitspolitischen Erwägungen auszurichten. Die Bundeswehr benötigt zudem die freiwerdenden Kapazitäten, um flexibel auf neue Bedrohungen reagieren zu können.

Unsere Soldatinnen und Soldaten sind eine kostbare Ressource, die mit Bedacht eingesetzt werden sollte. Diskussionen um eine Beteiligung deutscher Streitkräfte haben sich daher verstärkt an den vitalen Interessen Deutschlands auszurichten. Abenteuer sind mit uns nicht zu machen. Die Argumentation für unser Engagement darf sich nicht in Solidaritätsbekundungen oder Bündnisverpflichtungen erschöpfen. An der Entscheidung für ein militärisches Engagement hängen letztlich Menschenleben. Daher erwarten die Bundeswehrangehörigen und Bürger zu Recht nachvollziehbare Einsatzbegründungen. Darum gehört z.B. auch das bisher vernachlässigte Thema Exit-Strategie in Afghanistan endlich auf den Tisch. Weder die deutsche Bevölkerung noch die Bundeswehr sind gewillt, ohne eine erkennbare zeitliche Perspektive weiter zu handeln.

Im Inland muss die Bundeswehr als Arbeitgeber attraktiv bleiben. Die Streitkräfte befinden sich längst mit der freien Wirtschaft im Kampf um die besten Köpfe. Dies gilt in der sich abzeichnenden konjunkturellen Erholung besonders. Die Bundeswehr agiert dabei in direkter Konkurrenz mit zivilen Unternehmen, die ihre Vorzüge selbstbewusst präsentieren. Es ist daher eine Kernaufgabe, das eigene Profil zu schärfen und offensiv auf junge Menschen zuzugehen.

Die Bundeswehr hat eine Menge zu bieten. Dies muss aber auch kommuniziert werden. Ein modernes Nachwuchsgewinnungskonzept ist hier unerlässlich. Wer eine intelligente, leistungsfähige Armee möchte, muss sich auch darum bemühen, gute Kräfte dauerhaft an sich zu binden. Dies schließt monetäre Anreize mit ein, geht aber weit darüber hinaus. Auch die Arbeitsbedingungen, soziale Komponenten und die Infrastruktur der Kasernen tragen wesentlich zur Arbeitszufriedenheit bei. Hier muss in den nächsten Jahren noch einiges erreicht werden. Marode Gebäude müssen modernisiert werden, veraltete

IT-Technik ist zu ersetzen. Die Praxis der häufigen Versetzungen sollte kritisch hinterfragt werden. Die Mobilität und Flexibilität der Menschen hat Grenzen, die in der Vergangenheit häufig überschritten wurden. Eine Versetzung um der Versetzung willen ist jedenfalls kontraproduktiv.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der Kernthemen bei der beruflichen Entscheidungsfindung junger Menschen. Die Bundeswehr kann hier der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung nicht nachstehen. Eine Karriere bei der Bundeswehr darf für interessierte junge Menschen nicht daran scheitern, dass sie ihre familiären Planungen hintan stellen müssen. Bestehende Angebote müssen ausgebaut, neue Möglichkeiten geschaffen werden. Teilzeitarbeit und Kinderbetreuungsmöglichkeiten gehören in verbündeten Streitkräften zum Alltag. Die Bundeswehr muss sich daran ein Beispiel nehmen. Wir werden sie parlamentarisch nach besten Kräften dabei unterstützen.

Wir möchten auch verstärkt einen Dialog mit der Gesellschaft fördern und damit zu einer besseren Integration der Streitkräfte beitragen. Die Nöte und Bedürfnisse von Soldaten finden bisher kaum Gehör in der gesellschaftlichen Diskussion. Dieser Zustand des "wohlwollenden Desinteresses" muss uns anspornen, das Thema Bundeswehr und Sicherheitspolitik mehr in die Öffentlichkeit hinauszutragen.

Diese Aufgabe erfüllt zum 16. Mal der Internationale Sicherheitspolitische Kongress des VdRWB mit der GfW Baden-Württemberg in vorbildlicher Weise. Der Kongress ist mittlerweile ein Leuchtturm im sicherheitspolitischen Diskurs im deutschen Südwesten. Dafür danke ich den Verantwortlichen ausdrücklich. Mehr denn je benötigen die Bundeswehrangehörigen die Unterstützung der Bevölkerung bei ihren anspruchsvollen und gefährlichen Aufgaben. Darum möchte ich Sie bitten.



Redebeiträge von Oberst Prof. Erwin Ritter von Fitz sind ein guter Grund diesen Kongress international durchzuführen

Neue Herausforderungen

Mit dem Tagungsthema "Politische Entscheidungen 2009 - neue Herausforderungen" bestand bereits bei den Vorbereitungen zum 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe ein klarer Bezug zur Bundestagswahl. Für die Landesgruppe Baden-Württemberg verstärkte sich dieser Bezug in der Durchführung und Nachbereitung. So war Ernst-Reinhard Beck MdB im Programm

hatte er bei der Pressekonferenz die Aufgaben der Bundeswehr beschrieben: "... hin zum aktiven Instrument, hin zu einem Instrument aktiver Friedens-, Außen- und Sicherheitspolitik und das heißt hohe Beweglichkeit, weltweite Verlegbarkeit, weltweite Führbarkeit. Das sind die Kriterien mit denen wir es zu tun haben." Durch die Enthüllungen der Bild-Zeitung kam in der Folge nun General Schneiderhan einige Monate



Fotos: Johann Michael Bruhn

Fragestunde vor den Bild-Enthüllungen (v.l.): Landesvorsitzender GfW Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp, Generalinspekteur General (nunmehr a.D.) Wolfgang Schneiderhan und der Landesvorsitzende Reservistenverband Oberstf d.R. Ralf Alexander Bodamer

als Präsident VdRBw angekündigt, er verstand sich aber bereits als "Past-Präsident", da er nach seiner Wahl zum Verteidigungspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag sein Amt an der Spitze des Reservistenverbandes zur Verfügung gestellt hatte.

Hauptredner war General Wolfgang Schneiderhan, ranghöchster und dienstältester Soldat und Generalinspekteur der Bundeswehr, mit dem Thema "Sicherheit in der multipolaren Welt des 21. Jahrhunderts - Rolle und Aufgabe der Bundeswehr". Bereits vor seinem Vortrag

früher in den Ruhestand, der Berichtserstatter situationsbedingt aber auch um den zur Veröffentlichung freigegebenen Redetext.

In der Einführung in die Tagung sprach sich der Landesvorsitzende der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik e.V. Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp entschieden dagegen aus die sicherheitspolitische Diskussion zu sehr Ideologen und Demagogen zu überlassen. Allzu leicht gerate dabei aus dem Blickfeld, dass neben humanitärer Hilfe und der Trennung von Konfliktparteien auch der Kampf Bestandteil des Stabilisierungs-

einsatzes sei. Die Beschränkung auf deutsches Polizeirecht und das Gesetz über die Anwendung unmittelbaren Zwanges als seine militärische Entsprechung sei dabei zumindest unzureichend.

Als Referent sorgte Brigadegeneral Jeffery E. Marshall vom United States European Command (USEUCOM) dafür, dass nicht nur die Zuhörerschaft international vertreten war. Nicht allein sein Vortragsthema "Building Capabilities for Success in Afghanistan" war in Englisch, sondern auch sein Vortrag und ursprünglich seine Power-Point-Präsentation. Ein Simultanübersetzer wurde nicht eingesetzt.

Den "Aufbau von Partnerfähigkeiten zur Unterstützung von Afghanistan" stellte Brigadegeneral Marshall vorrangig als den Aufbau von Sicherheit dar. Dies betrifft zuallererst die notwendige Unterstützung der afghanischen Sicherheitskräfte, also den Aufwuchs der Afghanischen Nationalarmee und der Afghanischen Nationalen Polizei durch den Einsatz von Operational Mentor and Liaison Teams (OMLT). Frankreich, Deutschland, Spanien, Rumänien, das Vereinigte Königreich, Australien, Niederlande, Belgien, Kanada, Kroatien, Italien, Schweden, Norwegen, Slowenien, Polen, Ungarn, Bulgarien und Serbien stellen solche Ausbildungsteams oder sollen es künftig tun. Militär und Polizei reichen allein aber nicht aus, die



Pausengespräch (v.l.): Brigadegeneral Jeffery E. Marshall vom USEUCOM mit Oberstlt d.R. Jochen Griesinger und Frau Irmela

Verwaltungs- und Infrastruktur ist erst lückenhaft vorhanden, Aufstands- und Terrorismusbekämpfung ist unverzüglich anzugehen. Der Aufbau von Fähigkeiten der Partner wird nicht nur durch die Vielzahl der beteiligten Nationen und Organisationen erschwert, sondern auch durch die Zergliederung Afghanistans in geografischer und ethnischer Hinsicht sowie lokaler Mächte, als auch durch Mängel bei Beziehungen, Vertrauen und Respekt.

Hans-Jürgen Maurus vom Hauptstadtstudio der ARD begann seinen Vortrag "Die Streitkräfte zwischen Wunschdenken und politischer Realität" mit den Erwartungen in Afghanistan und der Haltung in Deutschland zum Afghanistaneinsatz. Schnell ergeben sich hierzu gravierende Fragen: "Sind deutsche Soldaten ohne Rechtssicherheit auf Auslandsmissionen? Was geschieht, wenn Fehler passieren? Müssen deutsche Soldaten alleine fertig werden mit dpa-Schlagzeilen wie 'Ein Bundeswehroberst als Kriegsverbrecher'? Warum gibt es keine zentrale Gerichtsbarkeit für Soldaten? Haben die Soldaten kein Recht, Richter und Staatsanwälte mit Spezialwissen zu verlangen?" In seiner Zusammenfassung hieß er es gut, dass nicht jeder sofort Hurra schreit, wenn die "Parlamentsarmee" auf Auslandseinsätze gehe. "Aber ein verkrampftes Verhältnis zu den eigenen Streitkräften und ein politischer Pazifismus haben dazu geführt, dass Soldaten, eine Armee und ihre Aufgaben per se 'verdächtig' erscheinen, Sicherheit in der Spaßgesellschaft als Randthema behandelt wird, und die Solidarität mit denen, die ihren Kopf hinhalten, verschwunden ist. Das ist niederschmetternd."

Seiner Ankündigung gemäß trug Ernst-Reinhard Beck, MdB, abschließend weniger als (Past-)Präsident VdRBw vor, sondern als Verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages. So trat Beck "Unkenrufen" entschieden entgegen, welche die verkürzte Wehr-

pflicht als eine Art Praktikum bezeichnen. Auch in sechs Monaten sei es möglich, Soldaten gut auszubilden. Im Zuhörerkreis ergab sich die Frage nach der daraus folgenden Reservistenkonzeption. Mit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft für Bundeswehrangehörige solle keine Sondergerichtsbarkeit für das Militär geschaffen werden, sondern es sollen mit der Einsatzrealität der Bundeswehr vertraute Staatsanwälte und weiter dazu angemessene Rechtsvorschriften eingesetzt werden.



Verabschiedung des Past-Präsidenten in der Landesvorstandssitzung nach dem Kongress (v.l.): der Erste Stellvertretende Landesvorsitzende StFw d.R. Hans-Jürgen Blümlein, Oberst d.R. Ernst-Reinhard Beck MdB, Bundesgeschäftsführer Oberst d.R. Dierk Joachim Fell und der Landesvorsitzender Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer

Auch die Verlegung und nötigenfalls der Einsatz schwerer Waffen wie Leopard 2 und Panzerhaubitze 2000 sollten ernsthaft geprüft werden. Die Erfahrungen unserer Verbündeten mit diesem Gerät seien durchweg positiv.

Den Verantwortlichen der Landesgruppe Baden-Württemberg im Reservistenverband und der Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik Landesbereich Baden-Württemberg dankte Ernst-Reinhard Beck für die vorbildliche Vorbereitung und Durchführung des Kongresses, der mittlerweile ein Leuchtturm im sicherheitspolitischen Diskurs im deutschen Südwesten sei.

Johann Michael Bruhn



Veranstungsbericht



Die Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik (GfW) und der Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr (VdRBw) veranstalteten gemeinsam am 20. und 21.11.2009 zum 16. Mal den Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress in Karlsruhe. Schirmherr der Veranstaltung war der Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg, Günther H. Oettinger, der auch ein Grußwort an den Kongress richtete. Der diesjährige Kongress stand unter dem Motto „Politische Entscheidungen 2009 – neue Herausforderungen an Sicherheitspolitik, Bündnis und Streitkräfte?“ Oberstleutnant d.R. Ralf Bodamer (VdRBw) konnte zu diesem hochkarätigen Veranstaltungsprogramm rund 200 Gäste und Mitglieder begrüßen.

Zu Vorträgen hatten sich freundlicherweise bereit erklärt

- * der neue verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, Ernst-Reinhard Beck MdB,
- * der Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan,
- * der vor allem aus dem Rundfunk bekannte Journalist Hans-Jürgen Maurus vom Südwest Rundfunk aus dem ARD-Hauptstadtstudio Berlin
- * sowie Brigadier General Jeffery E. Marshall vom USEUCOM in Stuttgart.

Unter den Gästen befanden sich u.a. als Vertreter der Landesregierung der Vizepräsident des Regierungsbezirks Karlsruhe, Dr. Klaus Michael Rückert, Vertreter der Bundeswehr, an ihrer Spitze der Präsident der Wehrbereichsverwaltung Süd, Michael Brod, der Stellvertretende Kommandeur der 10. Panzerdivision, Brigadegeneral Manfred Hofmeyer und der Kommandeur des Landeskommandos Baden-Württemberg, Oberst Franz Arnold, aus dem Bereich der Ehemaligen die Generale a.D. Georg Bernhardt, Ekkehard Richter und Götz Steinle, der Vizepräsident des VdRBw Burkhard Ehrlich, ferner Vertreter aus den Landesvorständen des Deutschen Bundeswehrverbandes und des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge, und nicht zuletzt gaben Gäste aus den USA, aus Frankreich, der Schweiz und Österreich dem Kongress ein internationales Flair.



Nach der Begrüßung der Gäste durch den Landesvorsitzenden des VdRBw, übernahm Brigadegeneral a.D. Wolfgang Kopp die Einleitung in die Thematik des Kongresses.

Der Freitagabend stand ganz im Zeichen des Vortrags des Generalinspektors der Bundeswehr, dem es wie immer gelang, das Auditorium im freien Vortrag zu faszinieren.

Er spannte einen breiten Bogen von der strategischen Lage, mit besonderem Blick auf Afghanistan, über Fragen der sicherheitspolitischen Entwicklung in Deutschland

und der Fortsetzung der Transformation der Bundeswehr, hin zu dem Alltag der Soldaten im Einsatz und zu grundsätzlichen Überlegungen, um die Verkürzung des Grundwehrdienstes auf sechs Monate bis 2011 umzusetzen. Leitsatz der Sicherheitspolitik und Leitthema auch für die Streitkräfte müsse lauten „Auf das Unerwartete vorbereiten“.

Kennzeichen des neuen Aufgabenspektrums für Streitkräfte sei die Fragmentierung der Einsätze. Nicht mehr der Einsatz ganzer Divisionen stehe im Vordergrund, sondern der zeitgleiche Einsatz vieler kleinerer, verschiedenen zusammengesetzter Verbände in den diversen strategischen Brennpunkten unter ganz unterschiedlichen Bedingungen und Anforderungen. Dies müsse bei zukünftigen Überlegungen zur Struktur berücksichtigt werden. Mit Blick auf



Afghanistan wurde deutlich, dass nur der gemeinsame sicherheitspolitische Ansatz aller Kräfte, vor allem aber der zivile Wiederaufbau und die Befähigung Afghanistans, aus eigener Kraft die Sicherheit im Land zu gewährleisten, zum Erfolg führen können.

Was die Gesellschaft angeht, so dürfe man sie mit Sicherheitspolitik nicht überfordern. Allerdings vermisse er in der Flut der Informationen ein Ordnungssystem hinsichtlich deren Bedeutung und Einordnung. Auch den Reservisten widmete er einige Gedanken in seinem Vortrag. Ihre Lebenserfahrung, ihre erworbenen beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten sollten besser genutzt werden. Dies könnte durch die Anerkennung und Berücksichtigung ihrer zivilberuflichen Qualifikation bei Einplanung und Förderung in den Streitkräften noch verbessert werden. Zahlreiche Fragen zeigten das Interesse, das sein Vortrag gefunden hatte.

Ein gemeinsames Abendessen der Kongressteilnehmer bot sowohl die Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur Diskussion, als auch zur kameradschaftlichen Begegnung.

Brigadier General Jeffery E. Marshall setzte mit seinem Vortrag den Kongress am Samstagvormittag fort. In beeindruckender Weise schilderte er das Konzept, die Doktrin und die Vorgehensweise der amerikanischen Streitkräfte mit Schwerpunkt in Afghanistan, aber auch mit Blick auf die Erfahrungen im Balkan. Besonders beeindruckend waren für die Zuhörer die Dimensionen des amerikanischen Einsatzes in Afghanistan mit einem Aufwand von ca. einer Milliarde Dollar im Monat.

Der in Englisch gehaltene Vortrag ermöglichte dem Auditorium nicht nur, sich an die operative Sprache in multinationalen Einsätzen zu gewöhnen, sondern er fand auch große Aufmerksamkeit, da einige Unterschiede zum deutschen sicherheitspolitischen Ansatz deutlich wurden.



Hans-Jürgen Maurus setzte die Reihe der Vorträge fort. In einem mitreißenden Vortrag, der mehrfach von Beifall unterbrochen wurde, ging er auf die Herausforderungen, aber auch die erkennbaren Defizite nicht nur des Einsatzes in Afghanistan ein, sondern auch auf die Wahrnehmung der Einsätze in der Öffentlichkeit und die Information durch die politischen Verantwortlichen.

Den Abschluss des Kongresses bildete der Vortrag des neuen verteidigungspolitischen Sprechers der Union, Ernst-Reinhard Beck. Auch er bildete ein breites Spektrum ab, das nicht nur den Blick seiner Vorredner auf Afghanistan abrundete, sondern sich auch dem Problem der vernetz-

ten Sicherheit widmete. Ferner berührte er auch das schwierige politische Aufgabenfeld der Gefahrenabwehr im Bereich der Inneren Sicherheit und der damit verbundenen Fragen des Einsatzes der Streitkräfte über Art. 35 GG hinaus. Als ehemaliger Präsident des Reservistenverbandes galten seine Überlegungen weiterhin möglichen Modellen zur besseren Einbindung der Reservisten in die Strukturen der Bundeswehr. Sein mit klaren politischen Aussagen gewürzter Vortrag fand großen Anklang.



Der 16. Internationale Sicherheitspolitische Kongress setzte die Reihe dieser Kongresse würdig fort. Dafür sorgte auch die hervorragende Rahmenorganisation durch die Landesgeschäftsstelle des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr unter der Leitung von Gerhard Mosch.

Die Reihe der Kongresse wird fortgesetzt mit dem 17. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress im November 2010 in Baden-Baden.

Bericht von Wolfgang Kopp, Landesvorsitzender der GfW in Baden-Württemberg

Fotos: DDF/Oehler

Teilnehmer am 16. Internationalen Sicherheitspolitischen Kongress

In der ersten Spalte sind nur Einträge mit Bezug auf die Veranstaltung aufgenommen. Die Zugehörigkeit zum Reservistenverband wird nicht ausdrücklich aufgeführt. Personen sind nur aufgeführt, wenn mindestens Vorname, Name und Ort bekannt sind. Begleiter einer der angeführten Personen, die nur als "... mit Frau" oder "Fahrer des ..." vermerkt sind, fehlen hier.

Amt/Aufgabe/Organisation	Dienstgrad	Vorname	Name	Ort
Vors RK Tettang	OFw d.R.	Harald	Andritzke	Kressbronn
Kdr Landeskommando	Oberst	Franz	Arnold	Stuttgart
Volksbund Dt. Kriegsgräberfürsorge	OStFw a.D.d.R.	Georg	Arnold	Scheer
Landesbeauftragter Landeswettkampf	Oberst d.R.	Hans-Bernd	Asssheuer	Sigmaringen
ASV Uni Konstanz	KptLt d.R.	Stefan	Bächle	Konstanz
RK Konstanz	Fähn d.R.	Jörg	Bambusch	Konstanz
Stv Vors BSW	Hptm d.R.	Rolf	Baron	Offenburg
Vors RK Donau-Süd	Oberstlt d.R.	Jürgen	Barth	Konstanz
RK Heuberg	OStFw d.R.	Rudolf	Baumgartner	Meßstetten
RK Herrenberg	OFw d.R.	Helmut	Beck	Böblingen
Past-Präsident	Oberst d.R.	Ernst-Reinhard	Beck, MdB	Berlin
Landesgeschäftsstelle		Edeltraut	Begemann	Stuttgart
Präsident Bund Dt. Fallschirmjäger	GenMaj a.D.	Georg	Bernhardt	Bruchsal
Vors RK Oberes Enztal	Oberst d.R.	Rolf	Binder	Höfen
RK Rottenburg	OLt d.R.	Dr. Alfred	Bittner	Rottenburg a.N.
Erster Stv. Landesvorsitzender	StFw d.R.	Hans-Jürgen	Blümlein	Tettang
Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Ralf Alexander	Bodamer	Essingen
DBwV Bezirksvorsitzender Baden	StFw a.D.	Karl-Heinz	Bög	Philippsburg
RK Emmendingen	Gefr d.R.	Peter	Borutta	Emmendingen
GfW LandesVors Niedersachsen	Oberst a.D.	Hans	Bösenberg	Visselhövede
RK Walldorf	Oberst d.R.	Dr. Hans-Hermann	Bowitz	Ludwigshafen
RK Landwehr	Maj d.R.	Alexander Freiherr von	Brandis	Filderstadt
RK Konstanz	StUffz d.R.	Dr. Reinhold	Brandt	Radolfzell
Kassenwart KrsGrp OAD	StUffz d.R.	Georg	Brenner	Aalen
Vors KrsGrp MO	StFw d.R.	Klaus	Brenner	Linkenheim-Hochstetten
Vors RK Steinheim	OFw d.R.	Roland	Bröckel	Murr
StOffzRes LKdo Baden-Württemberg	Maj	Andreas	Brockmann	Stuttgart
Präsident		Michael	Brod	Stuttgart
Landesschriftführer	HptFw d.R.	Johann Michael	Bruhn	Freudental
RK Waiblingen	HptFw d.R.	Peter	Burkart	Waiblingen
US-Verbindungsamt BW	Oberst (R)	Dr. Stephen T.	Cochrane	Stuttgart
Beauftr SiPol KrsGrp OAD	OFw d.R.	Bernd	Cunitz	Aalen
Vors BSH		Germar	Dahms	Tübingen
Landesrevisor	Hptm d.R.	Ottmar	Dauven	Grafenau
Landesgeschäftsstelle		Gisela	De Gori	Sigmaringen
Vors RK Rastatt	OFw d.R.	Philipp	Degler	Rastatt
Vors KrsGrp OAD	HptFw d.R.	Frank	Deinhart	Oberkochen
Stv. Vors RK Heidenheim	StUffz d.R.	Michael	Diekert	Heidenheim
Kassenwart KrsGrp BSW	OGefr d.R.	Manfred	Doll	Kappelrodek
RK Sondelfingen	OLt d.R.	Jörg	Ebert	Reutlingen
Kdt TrÜbPI Heuberg	Oberstlt	Udo	Eckbrett	Stetten a.k.M.
Vizepräsident	Oberstlt d.R.	Burkhart	Ehrlich	Müllheim
Vors RK Hockenheim	OGefr d.R.	Stephan	Englert	Schwetzingen
Bundesgeschäftsführer	Oberst a.D.	Dierk Joachim	Fell	Nettersheim - Pesch
Professor	Oberst	Erwin Ritter von	Fitz	Bregenz
KrsGrp RNO BeauftrKathHilfe	Oberstlt a.D.d.R.	Karlheinz	Flach	Mosbach
StvVors KrsGrp SBH	OFw d.R.	Rüdiger	Gall	Spielberg
Kinderberg International		Rainer	Gebauer	Stuttgart
Stv LandesVors BY	Oberstlt d.R.	Werner	Gebhard	Poppenricht
RK Karlsruhe	Adjutant (H)	Camille	Gérard	Karlsruhe
Revisor RNO	StFw a.D.d.R.	Heinz	Geuter	Hardheim

RK Heuberg	Hptm a.D.d.R.	Josef	Gilch	Stetten a.k.M.
RK Ubstadt	Oberstlt a.D.	Dr. Waldis	Greiselis	Ubstadt-Weiher
GfW		Irmela	Griesinger	Stuttgart
GfW StvLdVors, Sektionsleiter Stuttgart	Oberstlt d.R.	Jochen	Griesinger	Stuttgart
Leiter KWEA Ravensburg	Regierungsdirektor	Matthias	Grießer	Ravensburg
RK Weingarten/Baienfurt	HptFw d.R.	Kurt	Haas	Ravensburg
RK Reutlingen	Oberstlt d.R.	Udo	Hägele	Neckartenzlingen
Erster Stv KrsVors SBH	Oberstlt d.R.	Lothar	Haigis	Wellendingen
Stv Vors RK Tübingen	Maat d.R.	Peter	Händler	Burladingen
Vors RK Oberes Linzgau	Uffz d.R.	Josef	Haug	Owingen/Hohenbodman
Erster Stv Vors KrsGrp MN	OStFw d.R.	Dieter	Helm	Remshalden-Grünbach
Stv Landesvorsitzender	Hptm d.R.	Jörg	Hildenbrand	Reutlingen
	StUffz d.R.	Reinhard	Hipp	Ravensburg
Stv Vors KrsGrp OAD	HptFw d.R.	Gerd	Hoeflacher	Aalen
Stv Kdr 10. PzDiv	BrigGen	Manfred	Hofmeyer	Sigmaringen
GfW Sektionsleiter Karlsruhe	Oberstlt d.R.	Rudolf	Horsch	Gaggenau
Bundes-/Landesbeauftragt. Schießsport	Hptm d.R.	Walter	Hoss	Stuttgart
RAG Schießsport KrsGrp MN	Oberstlt d.R.	Karl-Friedrich	Hotz	Stuttgart
Vors RK Lahr	OMaat d.R.	Rolf Dieter	Hügel	Lahr
Stv KrsVors SBH	OFw d.R.	Michael	Hugger	Deilingen
Ehrenlandesvorsitzender	Oberst d.R.	Dr. Ing. Roland	Idler	Backnang
Ltd. RegDirin KWEA KA		Sylvia	Jahnz	Karlsruhe
Kassenwart RK Saulgau	Uffz d.R.	Wolfgang	Jerg	Boms
RK Geislingen	HptFw d.R.	Peter	Jodat	Gingen
Vors RK Eberbach	OFw d.R.	Rudi	Joho	Eberbach
GfW Sektionsleiter Konstanz	Hptm d.R.	Dr. Hans-Christoph	Junge	Konstanz
Sachgebietsleiter SiPol Bundesgesch.	Oberstlt d.R.	Volker	Jungk	Bonn
Vors RK Langenau	StUffz d.R.	Hans-Friedel	Jura	Neu-Ulm
RK Unlingen	OGefr d.R.	Michael	Kauer	Unlingen
Kreisvorsitzender SBH	StFw d.R.	Günter	Keck	Sindelfingen
Vors KrsGrp Franken	Fw d.R.	Anton	Keller	Großrinderfeld-Gerchsh.
Vors RK Unlingen	HptGefr d.R.	Ulrich	Kemmer	Unlingen
Stv Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Bernhard	Kempf	Filderstadt/Harth.
RK Unlingen	HptFw d.R.	Thomas	Kesenheimer	Betzenweiler
	OFw d.R.	Bernd	Keune	Herdwangen-Schönach
RK Bühl	Oberstlt d.R.	Benno	Kiewert	Offenburg
RK Ubstadt	HptFw d.R.	Daniel	Kleinbeck	Pforzheim
ChdSt WBK IV	Oberst i.G.	Hans	Kling	München
SchrFhr KrsGrp OAD	HptGefr d.R.	Lothar	Kloepfer	Aalen
Beauftr SiPol KrsGrp Franken	Oberst d.R.	Gerhard	Kohout	Wertheim
GfW		Gabriele	Kopp	Sigmaringen
Landesvorsitzender GfW	BrigGen a.D.	Wolfgang	Kopp	Sigmaringen
GfW		Martin	Kothe	Augsburg
RK Donau Süd	Oberstlt d.R.	Dieter	Krapohl	Triberg i.Schw.
GfW Sektionsleiter Taubertal	Oberstlt a.D.	Wolfgang	Krayer	Tauberbischofsheim
Vors RK Kirnau	Flottillenarzt d.R.	Dr. Claus	Kuhn	Osterburken
RK Nördlicher Breisgau	OFw d.R.	Werner	Lang	Rust
	Oberstlt d.R.	Reinhard	Laux	Eislingen
Landesvorsitzender Bayern	Oberstlt d.R.	Prof. Dr. Friedwart	Lender	Nürnberg
RK Sigmaringen	Oberst d.R.	Hermann	Letschert	Heuzenbach
Arbeitskreis Reserveoffiziere	Gefr	Egon	Link	Bischofszell
RK Unlingen	OGefr d.R.	Martin	Lohner	Unlingen
GfW	Oberstlt a.D.	Hartmut	Lorek	Karlsruhe
Landesgeschäftsführer		Dr. Martin	Lunitz	Konstanz
Vors RK Weil am Rhein	StFw d.R.	Werner	Lust	Rheinfelden
KrsVors NA	StGefr d.R.	Eberhard	Luz	Mössingen-Öschingen
GfW Sektionsleiter Ulm	Oberstlt a.D.	Gert	Mack	Ulm

RK Weinheim	Oberstlt d.R.	Steffen	Maier	Hirschberg
	Oberst	Peter	Marcandella	Schaffhausen
USEUCOM	BrigGen	Jeffery E.	Marshall	Stuttgart
USEUCOM		Cindy	Marshall	Stuttgart
Vors RK Laupertshausen	HptGefr d.R.	Karl	Maucher	Maselheim
Korrespondent ARD		Hans-Jürgen	Maurus	Berlin
	Oberstlt d.R.	Joachim	Meier	Karlsruhe
Vors KrsGrp RNO	Oberstlt d.R.	Wilfried	Meissner	Heiligkreuzsteinach
Vors RK Graben	HptFw d.R.	Gerhard	Menger	Stutensee
Vors RK Fronhofen	StFw d.R.	Konrad	Meschenmoser	Fronreute
Landesschatzmeister	StFw d.R.	Jürgen	Mezger	Langenargen
RK Ravensburg	Oberstlt d.R.	Hans-Georg	Minia	Ravensburg
Landesgeschäftsführer	Oberstlt d.R.	Gerhard	Mosch	Stuttgart
GfW Sektionsleiter Tübingen	Hptm d.R.	Alexander	Müller	Pfullingen
Bundes- u. Landesrevisor	Oberstlt d.R.	Peter	Münch	Ehingen
Vors RK Markgröningen	StFw d.R.	Hans Georg	Noß	Sachsenheim
RK Offenburg	Uffz d.R.	Bernd	Notheis	Offenburg
	Oberstlt d.R.	Hans-Joachim	Oehler	Karlsdorf
DBwV Bez Vors Neckar-Tauber-Jagst	Hptm a.D.	Uwe	Paul	Schrozberg
	Colonel(R)	Jean-Francois	Peltier	Renchen
GfW	Hptm a.D.	Alfred	Pfeiffer	Ulm
RK Aalen	Oberstlt d.R.	Wolfgang	Prade	Böbingen
RK Kurpfalz	StFw d.R.	Dieter	Püschel	Ludwigshafen
1. StvVors KrsGrp BO	Oberstlt a.D.d.R.	Raimund	Rasch	Geislingen
DBwV BezVors Donau-Neckar-Bodensee	Oberstlt	Josef	Rauch	Stetten a.k.M.
RK Angelbach	Maj d.R.	Jürgen	Reeb	Sinsheim
GfW		Georg	Reszcynski	Schwaikheim
Vors Beirat Freiw. Reservistenarbeit	GenMaj a.D.	Ekkehard	Richter	Bonn
RK Ubstadt	Uffz d.R.	Dr. Helmut	Ritter	Hambrücken
Stv Landesvorsitzender	Oberstlt d.R.	Lothar	Roduch	Heubach
Bea SiPol KrsGrp NA	HptGefr d.R.	Johannes	Roller	Tübingen
Vors RK Eschach	OStFw d.R.	Toni	Romer	Grünkraut
Arbeitskreis Reserveoffiziere	Oberstlt d.R.	Harry Rolf	Ropertz	Stetten
Vizepräsident RegBez Karlsruhe		Dr. Klaus Michael	Rückert	Karlsruhe
RK Bietigheim-Bissingen	StFw d.R.	Gerd	Ruge	Bietigheim-Bissingen
	OFw d.R.	Karl-Ludwig	Ruppert	Leutkirch
	HptFw d.R.	Oliver	Ruppert	Leutkirch
Vors RK Überlingen	Maj d.R.	Achim	Samland	Überlingen
Kreisorganisationsleiter Stetten a.k.M.	Oberstlt d.R.	Werner	Schick	Stetten a.k.M.
Vors RK Reutlingen	StUffz d.R.	Georg	Schietinger	Tübingen
GfW Sektionsleiter Sigmaringen	Oberstlt d.R.	Bernhard	Schleyer	Sigmaringen
Ehrenlandesvorsitzender GfW	Oberst a.D.d.R.	Nikolaus	Schmeja	Tübingen
RK Unlingen	Gefr d.R.	Walter	Schmid	Unlingen
Stv Vors KrsGrp MO	StFw d.R.	Volker	Schmidt	Pforzheim
Vors KrsGrp BSW	OStFw d.R.	Richard	Schmieder	Herbolzheim
RK Steinachtal	OFw d.R.	Othmar	Schmitt	Schönau
GfW Sektionsleiter Freiburg	Fw d.R.	Daniel	Schneider	Freiburg
Generalinspekteur der Bundeswehr	General	Wolfgang	Schneiderhan	Berlin
Stv KrsVors KrsGrp OAD	StFw d.R.	Rüdiger	Scholz	Steinheim
Revisor KrsGrp SBH	StBtsm d.R.	Jürgen	Schreiber	Konstanz
RK Sondelfingen	Oberstlt d.R.	Dr. Jürgen	Schütz	Reutlingen
RK Achern-Renttal	Colonel (R)	Robert	Schweickart	Strasbourg-O'hausbergen
StvVors CDU Arbeitskreis Bw	OGefr d.R.	Michael	Schweickhardt	Bietigheim-Bissingen
RK Wangen	Oberstlt d.R.	Benno	Schweinbenz	Ellwangen
GfW Sektionsleiter Heidelberg	Oberst a.D.	Lutz-Herbert	Seidel	Nußloch
Erster Stv Vors KrsGrp BSW	HptGefr d.R.	Thorsten	Seiler	Renchen
RK Eppingen	StFw d.R.	Heinz	Semmler	Eppingen

Arbeitskreis Reserveoffiziere	Wachtmeister	Werner	Siegfried	Halden
RK Bad Mergentheim	Oberstlt d.R.	Michael	Sihler	Boxberg
Kreisorganisationsleiter Karlsruhe	OStFw d.R.	Klaus J.	Silvery	Karlsruhe
Beauftr SiPol KrsGrp MO	Oberstlt a.D.d.R.	Ludwig	Simmel	Kürnbach
Vors RK Turmberg	OGefr d.R.	Richard	Soine	Waldbronn
	Oberstlt d.R.	Andreas	Staab	Karlsruhe
Abt.-Präsident a.D.	Oberst a.D.d.R.	Bernhard	Steimle	Ravensburg
RK Tettngang	StUffz d.R.	Joachim	Steinhauer	Tettngang
Vors RK Freiburg	HptFw d.R.	Stefan	Steinke	March
GfW	BrigGen a.D.	Götz	Steinle	Geislingen/Steige
RK Nessenreben	Oberstlt d.R.	Michael	Sterk	Weingarten
Adjutant Generalinspekteur	Oberstlt i.G.	Michael	Strunck	Berlin
Vors RK Wertheim	Oberstlt d.R.	Christian	Stumpe	Weinheim
GfW		Wolfgang	Stützer	Kirchentellinsfurt
Erster StvVors KrsGrp RNO	Oberstlt d.R.	Gerd	Teßmer	Birnau
RK Marine Stuttgart	FKpt d.R.	Gerhard P.	Trinkner	Bretten
AKRO KrsGrp BO	Maj d.R.	Claus Juergen	Tscharntke	Albstadt
RK Pfullendorf	StFw d.R.	Alexander	von Thannhausen	Salem
	Oberst i Gst	Martin	Vögeli	Schaffhausen
Stv Sektionsleiter Ulm GfW	Oberstlt d.R.	Claus	Walz	Elchingen
Stv Vors RK Markgräflerland	Uffz d.R.	Hans	Weismann	Müllheim
RK Weil am Rhein	Oberst a.D.d.R.	Walter	Wenning	Weil am Rhein
Landesschriftführer BY	OStFw d.R.	Werner	Wölfel	Donauwörth
RK Turmberg	OGefr d.R.	Alexander	Wickersheim	Karlsruhe
Vors RK Turmberg	OStFw d.R.	Rolf	Wickersheim	Karlsruhe
RK Sigmaringen / Technik	Lt d.R.	Thorsten	Widmer	Stuttgart
RK Steinheim	Oberstlt d.R.	Dr. Jörg	Wissdorf	Großbottwar
Geschäftsführer GfW	Oberstlt a.D.	Manfred	Wistuba	Bonn
RK Nessenreben	Oberstlt d.R.	Siegbert	Wucherer	Wangen
RK Kurpfalz	Oberstlt d.R.	Karlheinz	Würz	Schriesheim
RK Kirchheim	Oberstlt d.R.	Dankmar	Zeumer	Wernau / Neckar
GfW Sektionsleiter Ostwürttemberg		Gerhard	Ziegelbauer	Ellwangen
RK Eberbach	Oberst d.R.	Roland	Ziegler	Eberbach
Vors RK Emmendingen	HptGefr d.R.	Edwin	Zitelmann	Herbolzheim



Nach Kongress folgt Landesvorstandssitzung (v.l.): die Stellvertretenden Landesvorsitzenden Oberstlt d.R. Lothar Roduch und Olt d.R. Jürgen Schnabel, der Erster Stellvertretende Landesvorsitzende StFw d.R. Hans-Jürgen Blümlein, Bundesgeschäftsführer Oberst a.D. Dierk Joachim Fell, Landesvorsitzender Oberstlt d.R. Ralf Alexander Bodamer, Stellvertretender Landesvorsitzender Oberstlt d.R. Bernhard Kempf, Landesschatzmeister StFw d.R. Jürgen Mezger, Stellvertretenden Landesvorsitzende Hptm d.R. Jörg Hildenbrand und der Landesgeschäftsführer Oberstlt d.R. Gerhard Mosch (als Fotograf nicht im Bild Landesschriftführer HptFw d.R. Johann Michael Bruhn)

Helfen Sie mit Werben Sie ein Mitglied für den Reservistenverband

Geschäftsstelle Ellwangen
Reinhardt-Kaserne
73479 Ellwangen
07961/7481
07961/7694
geschst_ellwangen@vdrbw.de

Geschäftsstelle Walldürn
Nibelungen-Kaserne
Dr.-August-Stumpf-Straße 33
74731 Walldürn
06282 / 925 925
06282 / 925 942
geschst_wallduern@vdrbw.de

Geschäftsstelle Karlsruhe
Rintheimer Querallee 11
76131 Karlsruhe
0721/606572
0721/6649297
geschst_karlsruhe@vdrbw.de

Geschäftsstelle Mosbach
Renz-Straße 1
74821 Mosbach
06261/18581
06261/4402
geschst_mosbach@vdrbw.de
mit der
Ansprechstelle Mannheim
Badener Platz 4
68239 Mannheim
0621/472446
0621/4817585
geschst_mannheim@vdrbw.de

Geschäftsstelle Freiburg
Stefan-Meier-Str. 72a
79104 Freiburg
0761/36602
0761/36727
geschst_freiburg@vdrbw.de

Geschäftsstelle Stetten
Lager Heuberg
Gebäude 152
72510 Stetten a. K. M.
07573/958106
07573/958239
geschst_stetten@vdrbw.de

Geschäftsstelle Pfullendorf
Generaloberst v.Fritsch-Kaserne
88630 Pfullendorf
07552/409156
07552/409157
geschst_pfullendorf@vdrbw.de

Geschäftsstelle Sigmaringen
Graf-Stauffenberg-Kaserne
72483 Sigmaringen
Tel.: 07571/681263
Fax: 07571/681256
geschst_sigmaringen@vdrbw.de
mit der
Ansprechstelle Immendingen
Am Bildstöckle 3
78194 Immendingen
07462/6538
07462/924023
geschst_immendingen@vdrbw.de

Reservistenverband
Landesgruppe Baden-Württemberg

Der 17. Internationale Sicherheitspolitische Kongress

findet
am 19./20.11.2010

im
Kongresshaus Baden-Baden
statt

Verband der Reservisten der Deutschen Bundeswehr e.V.
Landesgeschäftsstelle Baden-Württemberg
Nürnberger Straße 184
70374 Stuttgart
0711/5284613
0711/524562
Landesgeschst_Baden-Wuerttemberg@vdrbw.de